Nummer 24 Hannover, 14. Juni 1930 39. Jahrgang.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Gauleiter Robert Dornheim 25 Jahre Verbandsangestellter.

Die Wogen des politischen Kampfes gingen besonders in Thüringen in den Jahren 1905—1910 sehr hoch. Die Staatsanwaltschaften erhoben Anklagen über Anklagen gegen unsere Parteiorgane. Unter diesen Umständen war der Verbrauch der Arbeitskraft in den Redaktionsstuben besonders hoch, und außerdem wurde die Tätigkeit des Redakteurs oft eingeengt durch längere Gefängnisstrafen. So mußte unsere Parteipresse immer wieder nach tüchtigem Nachwuchs suchen. Im Mai 1905 wurde unser Kollege Dornheim nach Erfurt berufen und fand am 5. Mai 1905 endgültig Anstellung als Redakteur der „Tribüne" in Erfurt.

Die „Tribüne" in Erfurt stand im Kampfe um die Einführung des freien Wahlrechtes in Preußen mit an erster Stelle. Es war das erste Parteiorgan, das wegen Beleidigung des Preußischen Abgeordnetenhauses angeklagt wurde. Unser Kollege Dornheim als verantwortlicher Redakteur wurde gemeinsam mit dem 2. Redakteur angeklagt, der eine andere Nummer des Parteiorgans gezeichnet hatte, und jeder erhielt 6 Monate Gefängnis. Bald darauf folgte eine zweite Anklage gegen unseren Kollegen Dornheim, weil er in der „Tribüne" einen Gendarmerie-Wachtmeister beleidigt hätte. Zu den bereits verhängten 6 Monaten Gefängnis wurde Dornheim zu einer weiteren Woche verurteilt, so daß die Gesamtstrafe 6 Monate und eine Woche Gefängnis betrug. Diese Strafe mußte vom ersten bis zum letzten Tage abgebrummt werden. Die Reaktion führte den Kampf gegen unsere Parteiorgane mit aller Erbitterung. „Vorbestrafte Redakteure" wurden mit noch härteren Gefängnisstrafen bedacht, und es ist deshalb ganz begreiflich, daß viele tüchtige Redakteure ausscheiden mußten und neue Kräfte an ihre Stelle traten.

Unser Kollege Dornheim bewarb sich um eine Anstellung im Hauptbüro des Glasarbeiterverbandes. Er wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt und trat diese Stelle am 1. Oktober 1907 an. Seine Tätigkeit als politischer Redakteur wurde ihm vom Hauptvorstand des Glasarbeiterverbandes angerechnet, so daß seine Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes seit dem 5. Mai 1905 gilt. Damit kann unser Kollege Dornheim in diesem Jahre auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes zurückblicken und feiert sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Kollege Dornheim ist am 25. August 1875 in Geschwenda, Kreis Arnstadt in Thüringen, geboren. Bereits am 23. August 1894 trat er dem Verband der Glasarbeiter bei und schloß sich auch am 1. Juli 1896 der politischen Organisation an.

Robert Dornheim hatte den Beruf des Thermometer-Arbeiters erlernt. Als Gauleiter für Thüringen kannte Dornheim nicht nur die Arbeitsverhältnisse unter den Thermometer-Arbeitern, sondern auch die bei den Heimarbeitern und in der sehr ausgedehnten Glashüttenindustrie. So begann für den Kollegen Dornheim eine arbeitsreiche Zeit. Vornehmlich unter den Heimarbeitern war damals der Organisationsgedanke noch nicht so ausgeprägt, wie wir es wünschten. Das ist ja leider auch heute noch nicht der Fall. Wer die Verhältnisse in der Heimindustrie kennt und weiß, wie sie besonders in der Glas-Heimindustrie liegen, der wird zu der Auffassung kommen, daß die Tätigkeit unter diesen Arbeitern und Arbeiterinnen sehr viel Opfer und Anstrengungen erfordert, und daß deshalb auch die Erfolge nicht zu unterschätzen sind.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der Glashüttenindustrie. Hier hatte unser Kollege Dornheim als Gauleiter nicht nur auf agitatorischem Gebiet Erfolge, sondern es gelang ihm auch, recht erhebliche Verbesserungen in der Lohn- und Arbeitsfrage zu erreichen. War doch auch in der Thüringer Glashüttenindustrie und besonders bei den Flakonglasmachern der Lohn äußerst gering und die Arbeitszeit 9 und 10 Stunden täglich. Das änderte sich recht bald durch die Energie und Tatkraft Dornheims.

Im Jahre 1914 wurde Dornheims Tätigkeit durch den Krieg unterbrochen. Die Einberufungen zum Kriegsdienst hatten zur Folge, daß die Mitgliederzahl in Thüringen, wie im gesamten Verband, erheblich zurückgegangen war. Nach der Beendigung des Krieges war es die erste Pflicht des Kollegen Dornheim, die übriggebliebenen Trümmer zu sammeln.

Auf agitatorischem Gebiet haben wir unserem Kollegen Dornheim viel zu verdanken und müssen anerkennen, daß er durch emsigen Fleiß und nie versagendes Pflichtgefühl der Organisation unschätzbare Dienste geleistet hat und damit auch bei allen Kollegen und Kolleginnen großes Vertrauen gewinnen konnte. Unsere Verwaltungsstellen sind gefestigt; die Mehrzahl unserer Kollegen in Thüringen gehört zu den treuesten Mitgliedern unseres Verbandes.

Robert Dornheim besitzt große Kenntnisse auf sozialpolitischem Gebiet und konnte dadurch oft als Lehrer und Berater unserer Kollegen wirksam sein. Kaum ein zweiter unter uns kennt die verzweifelte Lage der Heimarbeiter in der Glasindustrie besser als Kollege Dornheim.

Ein ernster Berater ist Kollege Dornheim seinen Kollegen in diesen langen Jahren gewesen. Sachlich waren sein Auftreten und seine Vortragsweise und seine Darlegungen offen und klar. Auch die Gegner haben anerkennen müssen, daß in dieser Sachlichkeit zugleich die größte Stärke seines Kampfes liegt.

Soweit es die Zeit zuließ, war unser Jubilar immer ein treuer Mitarbeiter der gewerkschaftlichen und politischen Presse. Seine Artikel zeigten immer, daß er die Glasindustrie Thüringens kennt und dazu beiträgt, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Unser Verbandsorgan hat manchen guten Artikel aus der Feder unseres Jubilars aufzuweisen, und diese Mitarbeit hat zur Vervollkommnung unserer Verbandszeitung sehr viel beigetragen.

An Deinem Jubiläumstage bringen wir Dir, lieber Dornheim, die herzlichsten Glückwünsche dar. Wir wissen, daß nicht nur die Kollegen der Glasindustrie des Gaues Thüringen sich unseren Glückwünschen anschließen, sondern daß alle Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes mit uns wünschen, daß Du auch nach Deinem 25jährigen Jubiläum viele Jahre in bester Gesundheit und Frische für die Interessen der Glasarbeiter und -arbeiterinnen und damit des gesamten Fabrikarbeiterverbandes und der ganzen Arbeiterschaft wirken mögest.

Um Arbeit und Brot!

Die Kundgebung der Gewerkschaften für den Schutz der Arbeitskraft und gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik.

Eine große Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fand am 30. Mai statt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund hatten dazu eingeladen. Neben den Führern der Gewerkschaften und Freunden der Gewerkschaftsbewegung hatte auch die Regierung eine starke Vertretung entsandt, an deren Spitze der Reichsarbeitsminister Stegerwald stand.

Das einleitende Referat hielt Spliedt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADGB. Er führte u. a. aus: Auf breiter Front erfolgt in letzter Zeit ein Angriff auf die Sozialversicherung. Man fordert nicht nur Abbau der Arbeitslosenversicherung, sondern auch der übrigen Versicherungseinrichtungen. Diese Bestrebungen zeigen deutlich, daß Deutschland vor großen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen steht. Wenn der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie der Meinung ist, daß Elemente über die Gestaltung der Wirtschaft bestimmen, die nicht genügend sachverständig sind, so muß darauf verwiesen werden, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen und Vorschlägen Wege gewiesen haben, die gangbar waren und zum Ziele geführt hätten. Neben den Angriffen auf die Sozialversicherung geht ein Angriff auf das Lohnniveau einher. Wenn die Arbeitslosenversicherung an das Reich so stark verschuldet ist, so ist weder eine falsche Konstruktion der Versicherung noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die große Arbeitslosigkeit dafür verantwortlich zu machen. Wenn der Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärt hat, es müsse dafür gesorgt werden, die antisozialen Elemente vom Arbeitsnachweis zu verdrängen, so muß man sich darüber klar sein, daß das Ungerechtigkeiten im Gefolge haben muß. Das Bestreben geht aber darauf hinaus, das Versicherungsprinzip zu verdrängen und durch die Bedürftigkeitsprüfung zu ersetzen. Das ist die Entwicklung zum Almosen. Solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitsuchenden in den Produktionsprozeß nicht gelingt, ist es Pflicht des Staates, diese sozialen Lasten zu tragen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Der Redner wandte sich ganz entschieden gegen die schiefen Darstellungen in der Presse. Selbst angesehene Zeitungen öffnen ihre Spalten diesem und jenem Anonymus. Die Aufnahme einer Richtigstellung wird von dieser „objektiven" Presse in der Regel abgelehnt. Ein sogenanntes neutrales Korrespondenzunternehmen hat es sogar unternommen, den Zeitungen Material gegen die Sozialversicherungsanstalten zu liefern. Aus einem gewissen Fonds werden dieser Korrespondenz für jeden Hetzartikel, der Aufnahme gefunden hat, 10 Mark gezahlt. Wenn man schon zu solchen Mitteln greifen muß, dann ist es wirklich faul um die Sache bestellt. Mit dem Abbau der Leistungen verbinden sich nicht gerade zufällig die Angriffe der Unternehmer auf die Lohnhöhe der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften werden niemals anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaufkraft eintreten soll. Nur gestärkte Kaufkraft kann der deutschen Wirtschaft einen gesunden Auftrieb geben. Den Bestrebungen nach Verschlechterung der Sozialversicherung werden die Gewerkschaften den allergrößten Widerstand entgegensetzen.

Das Problem von der Wirtschaft aus gesehen.

Hatte der erste Referent des Tages die Krisenerscheinungen und den notwendigen Schutz der Arbeitskraft von der sozialpolitischen Seite her behandelt, so untersuchte Kollege Wilhelm Eggert das Problem von der wirtschaftlichen Seite her. Den vorzüglichen Ausführungen lag folgender Gedankengang zugrunde: Wirtschaftskrisen verbunden mit Massenarbeitslosigkeit sind nichts anderes, als Begleiterscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die jetzige Krise ist durchaus kein Naturereignis. Die niedergehende Wirtschaft wird durch folgenden Widerspruch treffend beleuchtet: Im Vorjahre 3 Millionen Arbeitslose auf der einen Seite und eine in vollem Betriebe befindliche Produktion auf der anderen. Somit befindet sich der Krankheitskeim der Wirtschaft nicht in der Produktion, sondern im Arbeitsmarkt. Die Gewinnstatistik zeigt, daß 1929 dieselben finanziellen Ergebnisse zu verzeichnen waren wie 1923. Die Ursachen der augenblicklichen Krise liegen einesteils in den falschen Rationalisierungsmaßnahmen, der verkehrten Zollpolitik, in der Preispolitik der Kartelle und besonders in der rücksichtslosen Drosselung der Auslandskredite. Die großen öffentlichen Aufträge könnten krisenmildernd wirken, wenn sie entsprechend eingesetzt würden. Das Gegenteil ist aber der Fall. Eine Lohnsenkung, wie beabsichtigt, bedeutet Einengung der Kaufkraft des Binnenmarktes. Die Produkte der deutschen Wirtschaft werden zu vier Fünfteln im Lande selbst abgesetzt. Es liegt nichts näher, als hier die Hebel anzusetzen, um zu einer Milderung der Krise zu kommen. Auf der anderen Seite soll man aber die Wirtschaftslage nicht schwärzer malen, als sie ist. Auch heute gibt es noch Industriezweige, denen es sehr gut geht.

Die Lebenshaltung der Erwerbslosen muß unter allen Umständen sichergestellt werden. Dies kann geschehen durch ein Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung. Ein allgemeiner Preisabbau kann der Wirtschaft einen lebhaften Impuls verleihen. Alle Anstrengungen müßten aber darauf gerichtet werden, wertschaffende Arbeit zu vermitteln. Dies ist möglich, wenn man im Sinne der Gewerkschaftsforderungen zu handeln sich entschließt.

Der Redner schloß mit den Worten:

„Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung!

Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden!

Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewußt sein:

Es geht ein Schrei durch das Volk:
Verantwortliche, gebt Arbeit!"

Die Ansicht des Reichsarbeitsministers.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald benutzte die Gelegenheit, um zu den angeschnittenen Problemen Stellung zu nehmen. Er ging aus von der gegenwärtigen Weltkrise, die in den großen strukturellen Wandlungen in der Weltwirtschaft ihre Ursache hat. Die Produktionsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft ist dem Bedarf weit vorausgeeilt. (Aus dieser Erkenntnis müßte der Minister auch schließen, daß der Bedarf zweifellos befriedigt werden kann, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen werden.) (Anm. d. R.) Stegerwald kam dann auf die Krisen der Landwirtschaft, auf die Verknappung des Kapitalmarktes usw. zu sprechen. Die Kapitalnot ist groß, denn um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, sind etwa 6 Milliarden Mark notwendig. Bei 70 Milliarden Mark Volkseinkommen entfallen 46 Milliarden auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden Mark. Deutschland gibt aus für Sozial-

versicherung einschließlich der Arbeitslosenfürsorge 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder 20 Prozent des Volkseinkommens oder 30 Prozent der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Prozent des Einkommens, das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen. Die Reichsregierung hofft, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 bis 150 000 Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für die übrigen Arbeitslosen muß gesorgt werden.

Spezialkrisen und Spezialkämpfe.

Die Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung der in den Hauptreferaten vorgebrachten Forderungen und Vorschläge. Zugleich waren sie eine schwere Anklage gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik, wie sie in Deutschland geübt wird. Der Vorsitzende des deutschen Baugewerksbundes, Bernhard, befaßte sich mit der Krise auf dem Baumarkt. Seitdem es eine Organisation der Bauarbeiter gibt, hat es noch niemals ein solches Elend unter den Bauarbeitern gegeben wie gegenwärtig. Mehr als 600 000 Bauarbeiter aller Berufe sind arbeitslos. Im Vorjahr haben 100 000 Bauarbeiter noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit gehabt. Diese Zahl wird sich auf mindestens 250 000 in diesem Jahre erhöhen. Die heutige Kundgebung muß als ein SOS-Ruf in der größten Gefahr der Wirtschaft und des Volkes gelten. Der Kollege Schöller vom Textilarbeiterverband beleuchtete die Verhältnisse in der Textilindustrie. Auch hier Massenelend unter der Arbeiterschaft. Dabei wird die Rationalisierung in der Textilindustrie noch weiter durchgeführt. Die Mechanisierung geht so weit, daß ein Arbeiter bis 16 mechanische Webstühle bedienen muß. Kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit so mächtig anschwillt. Recht treffende Ausführungen machte Dr. Croner als Vertreter des Afabundes. Die Angestellten fühlen sich mit den Arbeiterverbänden durchaus solidarisch im Kampfe gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die von den privaten Angestelltenverbänden gemachten Vorschläge zielen darauf hinaus, aus der Arbeitslosenversicherung eine veredelte Armenfürsorge zu machen. Das sind Handlangerdienste für die Reaktion.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, ging in seinen Ausführungen auf die Konflikte in der Schwerindustrie ein. Es ist bezeichnend, daß stets jeder Generalangriff auf Löhne oder Arbeitszeit von der westdeutschen Schwerindustrie zuerst angesetzt wird. Alle anderen Zweige der Wirtschaft sollen dann zu gleichem Vorgehen veranlaßt werden. Eine Lohnsenkung würde die Wirkung der Preissenkung völlig aufheben. Die gleichen Kreise, die ein einmaliges Notopfer für die Besitzenden ablehnen, sind aber damit einverstanden, daß die schlechtbezahlten Arbeiter ein dauerndes Lohnopfer von 10 Prozent bringen sollen. Die Arbeiterschaft kann sich das nicht gefallen lassen. Der Reichsarbeitsminister nimmt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er solchen Schiedsspruch, wie in der Schwereisenindustrie, für verbindlich erklärt.

Der Vorsitzende dieser Versammlung, Peter Graßmann, wies zum Schluß auf den Ernst der Situation hin. Die Arbeiterschaft werde jetzt alle Kräfte zusammenfassen müssen, um in den kommenden Stürmen bestehen zu können. Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, so müßten sie in dieser Zeit geschaffen werden, da ohne sie der Arbeitende sowohl als der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden.

Das Verbandsjahr 1929.

2. Das Finanzwesen.

Nicht allein die Zahl der Mitglieder ist für die Stärke einer Organisation maßgebend. Entscheidend im Wirtschaftskampfe ist neben der Mitgliederzahl, die gewiß einen großen Einfluß ausüben kann, auch der Geist, der die Mitglieder beseelt, und nicht zuletzt die finanzielle Rüstung der Organisationen. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer sind der beste Beweis dafür, was gut gefüllte Kassen in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ausmachen. Es ist doch nur die Kapitalmacht, die den Unternehmern den überragenden Einfluß im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verschafft. Um so berechtigter ist das Bestreben der Arbeiterorganisationen, sich gleichfalls finanziell zu rüsten, um den sozialen Gegenspielern möglichst mit gleichen Mitteln entgegentreten zu können. Das ist nicht nur ein berechtigtes Bestreben, sondern die Gewerkschaften sind geradezu verpflichtet, ihre Kassenverhältnisse möglichst günstig zu gestalten. Desto günstiger sind die Aussichten im Wirtschaftskampfe, desto weniger werden die Unternehmer zu Auseinandersetzungen geneigt sein und desto wirkungsvoller kann die materielle Unterstützung sein, die die Verbände ihren in Not befindlichen Mitgliedern zu gewähren vermögen.

Die finanzielle Rüstung unseres Verbandes ist erfreulicherweise auch im vergangenen Jahre wieder um ein erhebliches stärker geworden. Der geringe Mitgliederrückgang hat auf die Entwicklung der Kassenverhältnisse keinen ungünstigen Einfluß ausüben können. Die Einnahmen in den Jahren 1928 und 1929 stehen sich wie folgt gegenüber:

	1928 Mk.	1929 Mk.
Kassenbestand vom Vorjahre	18 328 185,59	21 988 750,04
Einnahmen aus Beiträgen	2 551 585,96	4 139 191,18
Sonstige Einnahmen	1 791 576,19	1 110 947,59
	22 671 347,74	27 238 888,82

Trotzdem wir am Jahresschluß keine Mitgliederzunahme verzeichnen konnten, ist die Einnahme aus den Beiträgen um mehr als 3½ Millionen Mark gestiegen, und das trotz der verhältnismäßig und absolut hohen Arbeitslosenzahlen. Dieses Ergebnis beweist aber auch, daß die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an den Mitgliedern reiche Früchte getragen hat. Daß die Mitglieder trotz der schweren materiellen Belastungen, denen sie durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren, ihrem Verbande so die Treue hielten und diese Treue auch bekundeten durch eine pünktliche und richtige Beitragszahlung, stellt ihnen und ihrer gewerkschaftlichen Einsicht ein glänzendes Zeugnis aus. Nicht nur zu den imperialistischen Kriegen gehört Geld, Geld und wiederum Geld, auch im Wirtschaftskampfe ist ohne genügende Geldmittel nichts auszurichten. Die zahlenmäßige Stärke allein tut es nicht, auch der Idealismus allein kann die wirtschaftlichen Schlachten nicht schlagen und vor allem nicht siegreich beenden. Dazu gehören auch starke finanzielle Mittel, die zur Verfügung stehen müssen. Den Unternehmern ist es viel leichter, diese Geldmittel anzusammeln. Desto größer ist das Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihrem ohnehin knappen Lohn ein so gutes, gesundes Finanzwesen in ihrem Verbande aufbauen konnten.

Wir wiesen schon darauf hin, daß gefüllte Kassen auch eine wirksamere Unterstützung der Mitglieder in den wirtschaftlichen Wechselfällen des Lebens erlauben. So sind denn auch die Ausgaben für Unterstützungszwecke im Jahre 1929 um mehr als 200 000 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen. Wieviel für die einzelnen Unterstützungsarten ausgegeben wurde, weist die folgende Tabelle aus:

Kein

Tag vergeht ohne neue Angriffe der Unternehmer auf die Löhne und auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Immer lauter und herrischer werden die Rufe nach Lohnabbau und „Reform" der Sozialversicherung. Tag für

Tag

wiederholen sich „die brutalen Angriffe auf den Lebensstandard des Deutschen Volkes", die ein reaktionärer Politiker als notwendig zur Rettung des Staates und der Wirtschaft bezeichnete. Aber nur die Arbeiterschaft soll entbehren und darben. Bei ihren Riesengehältern, bei ihren Tantiemen und Dividenden kommen die Unternehmer ja auch

ohne

„Lohn" und Sozialpolitik aus. Diesen wiederholten und hartnäckigen Angriffen auf die Lebenshaltung, auf die Löhne und die Sozialversicherung begegnet die Arbeiterschaft erfolgreich durch den Widerstand ihrer Gewerkschaften. Stärke auch du die Abwehr gegen die Unternehmerangriffe, indem du eifrig und unermüdlich für deinen Verband wirbst. Führe ihm alle deine noch unorganisierten Kollegen zu. Benutze jede Gelegenheit zur

Agitation!

	1928 Mk.	1929 Mk.
An Reisende	8 450,40	6 464,86
An Arbeitslose	2 150 803,28	3 194 555,37
An Kranke	2 838 483,71	2 879 133,64
Rechtsschutz	33 031,34	41 918,50
Umzugsgeld	44 711,20	115 882,75
Notlagenunterstützung	22 893,85	16 652,08
Sterbegeld	295 625,72	353 260,74
Gemaßregeltenunterstützung	20 395,77	16 085,33
Streikunterstützung	1 181 292,73	175 042,58
	6 595 688,00	6 798 995,85

Von 1927 zu 1928 war die Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen aller Art ja ganz erheblich höher. Wie verheerend aber in den letzten beiden Jahren die Arbeitslosigkeit in den Reihen unserer Mitglieder gewütet hat, zeigen die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung sehr deutlich. Im Jahre 1928 mußten an arbeitslose Mitglieder rund 1 Million Mark an Unterstützungen mehr gezahlt werden als 1927. Und im Jahre 1929 abermals eine Steigerung um 1 Million Mark. In diesen Zahlen drückt sich unser ganzes wirtschaftliches Elend aus. Zu Anfang des Jahres die abnormen Witterungsverhältnisse und zum Schluß die hereinbrechende Wirtschaftskrise, das ist es, was die Zahlen so hoch ansteigen ließ. Noch mehr als die Hundertsätze der arbeitslosen Mitglieder zeigt die Mehrausgabe für Erwerbslosenunterstützung, wie gerade die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes unter dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Es zeigt sich aber auch sehr deutlich, wie wertvoll die Unterstützungseinrichtungen unserer Organisation sind. Ohne die fühlbare materielle Hilfe, die der Verband seinen arbeitslosen Mitgliedern leisten konnte, wäre bei der katastrophalen Arbeitslosigkeit der Mitgliederverlust ganz ungeheuer gewesen, während so nur ein Rückgang um 1,7 Prozent zu verzeichnen war.

Die Ausgaben für die Krankenunterstützung hielten sich ziemlich auf der gleichen Höhe, dagegen mußte für den Rechtsschutz verhältnismäßig viel mehr aufgewendet werden als 1928. Sehr erheblich ist auch die Steigerung beim Umzugsgeld, sie beträgt über 70 000 Mk. mehr gegenüber den Ausgaben im Jahre 1928. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade die vielfachen Betriebsstillegungen und die Unmöglichkeit, jemals wieder am alten Orte Arbeit und Verdienst zu finden, viele Kollegen veranlaßt haben, ihr Bündel zu schnüren und an einem anderen Orte wieder ihr Glück zu versuchen. Bei der Notlagenunterstützung, dieser außerstatutarischen Hilfe, ist eine geringe Senkung der Ausgaben festzustellen. Die Ausgaben für diese Art von Unterstützung gehen von Jahr zu Jahr zurück, da die anderen Unterstützungszweige unseres Verbandes ja immer besser ausgebaut werden. Die Summen für Sterbegeld sind dagegen im Jahre 1929 um mehr als 58 000 Mark höher als 1928.

Gesunken sind die Ausgaben für die Gemaßregeltenunterstützung. Da die Reichsverfassung die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer schützt, und infolgedessen auch die gewerkschaftliche Betätigung, dürften eigentlich überhaupt keine Maßregelungen mehr vorkommen. Trotzdem versuchen die Unternehmer es gelegentlich immer wieder, einzelne unliebsam gewordene Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre gewerkschaftliche Betätigung dadurch zu strafen, daß sie die „Agitatoren" entlassen. In den meisten Fällen gelingt ihnen das ja nicht. Aber immerhin wird es hin und wieder versucht. Diesem Bestreben nach „Reinigung" ihrer Betriebe war die Wirtschaftslage im verflossenen Jahre sehr günstig, weil sie eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Betriebsschließungen und Betriebsstillegungen zu Folge hatte.

Für reine Kampfzwecke, also für Streikunterstützung, ist im Jahre 1929 eine ganz bedeutend geringere Summe ausgegeben worden als 1928. Die trüben wirtschaftlichen Verhältnisse legten den Gewerkschaften ja in der Lohn- und Tarifpolitik eine gewisse Zurückhaltung auf, so daß es nicht zu großen Auseinandersetzungen kam. Daß trotzdem auch in der Lohnfrage Erfolge erzielt werden konnten, teilweise sogar recht erfreuliche Erfolge, zeigt, daß die Wirtschaftslage nicht allein maßgebend ist für die Möglichkeiten in Lohn- und Tariffragen. Ganz aussichtslose Kämpfe zu beginnen, ist aber ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und an der Organisation, die an verlorenen Streiks immer recht lange und nachhaltig zu leiden hat.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß ein recht ansehnlicher Teil der von den Mitgliedern aufgebrachten Beiträge in der Form von Unterstützungen wieder an die Kollegen und Kolleginnen zurückgeflossen ist. Im nächsten Jahr wird sich das Bild noch ganz erheblich ändern, da dann die Ausgaben für den neuen Unterstützungszweig, für die Invalidenunterstützung, in Erscheinung treten werden.

Im folgenden wird eine Übersicht über die Verteilung der Gesamtausgaben im Jahre 1929 gegeben. Zum Vergleich wurden die entsprechenden Zahlen für 1928 mit angegeben.

	1928 Mk.	1929 Mk.
Für Unterstützungen aller Art	6 595 688,—	6 798 995,85
Als Anteile der Zahlstellen	6 024 575,33	7 369 489,47
An die Gauleitungen	626 664,55	703 950,—
Druck- und Versandkosten des „Proletariers"	296 299,66	336 562,68
Für das Schulwesen	144 004,86	140 092,50
Für Gehälter und Versicherungsbeiträge	438 895,76	562 250,65
Entschädigung für Sitzungen, Revisionen, Konferenzen, Tarifverhandlungen	92 489,94	117 381,21
Drucksachen und Buchbinderarbeiten	134 886,15	182 936,57
Büromiete, -möbel, -materialien, Licht, Heizung, Reinigung, Schreib- und Rechenmaschinen, Versand- und Packmaterial	89 147,38	93 491,53
Für Zeitschriften, Bücher und Honorare	50 790,35	52 343,65
Für Verwaltung, Zuschuß, Rückzahlung, Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen	1 167 900,06	438 153,87
Für Porto, Telephon und sonstige Gebühren	22 690,71	23 982,68
Für Kraftwagen und Kraftwagenbedarf	47 546,31	65 459,14
Beiträge an den Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund und internationale Verpflichtungen	97 787,29	148 414,59
Keramischer Bund (einschl. Zeitung)	537 000,—	540 000,—
Agitation, Ausstellungen, Film	—	135 684,92
Sonstige Ausgaben	80 814,82	5 162,08
An den Vermögensbestand	2 523 401,84	4 361 830,15
Kassenbestand 4. Quartal	3 700 764,73	5 162 707,28
	22 671 347,74	27 238 888,82

Entsprechend den gesteigerten Einnahmen an Beiträgen, sind auch die Anteile der Zahlstellen gestiegen, und zwar um mehr als 1¼ Millionen Mark. Für den Druck und den Versand des „Proletariers" mußten rund 40 000 Mk. mehr aufgewendet werden. Im letzten Jahre war die Seitenzahl ja fast immer größer, und die Ausstattung des Unterhaltungsteiles mit Bildern usw. erforderte auch mehr Mittel. Die Ausgaben für das Schulwesen hielten sich ungefähr auf der gleichen Höhe.

Für die Verwaltung, für Zuschuß, Rückzahlung und Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen ist dagegen eine ganz bedeutende Minderausgabe festzustellen. Die gute Beitragsleistung der Mitglieder kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich viele Zahlstellen, die früher Zuschüsse erforderten, nun selbst finanzieren können.

Besondere Agitationsveranstaltungen und die Beteiligung an Ausstellungen usw. erforderten im Jahre 1929 135 684,92 Mark. Aber es muß beachtet werden, daß in dieser Summe auch die Herstellungskosten für unseren Verbandsfilm „Aufstieg" enthalten sind; das ist ein Kapital, das sich gewiß gut verzinsen wird, dafür bürgt die vorzügliche Agitationswirkung dieses von allen Seiten anerkannten Films.

Dem Vermögensbestand wurden nicht ganz 2 Millionen Mark mehr zugeführt als 1928, auch der Kassenbestand weist eine Steigerung um fast 1½ Millionen Mark auf.

Das Jahr 1930 hat sich bisher wirtschaftlich nicht günstiger gezeigt als 1929. Zweifellos durchlebt die Arbeiterschaft gegenwärtig eine der schwierigsten Situationen, die ihr je begegnet sind. Mehr als je wird es für die Arbeiterschaft darauf ankommen, in ihren Gewerkschaften starke und gut gerüstete Interessenvertretungen zu haben. Die unausbleiblichen Auseinandersetzungen, seien sie wirtschafts- oder sozialpolitisch, kann die Arbeiterschaft nur in ihrem Interesse entscheiden, wenn sie trotz aller Schwierigkeiten, die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit uns bereiten, ihre freigewerkschaftlichen Organisationen stärkt und ausbaut. Gegen die Absicht, alle Lasten aus Rationalisierung und Reparationen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, gibt es nur ein Mittel: sich in Staat und Wirtschaft immer mehr zu der Führung zu drängen, die der Arbeiterschaft gebührt, ihr gebührt dank ihrer überragenden Bedeutung für alles menschliche Leben und für alle menschliche Kultur. Dazu sind starke Gewerkschaften unerläßlich. Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl und Finanzverhältnisse Bürgschaft für den Erfolg bieten. Eine solche

Gewerkschaft ist der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse seine Mitgliederzahl fast vollkommen behaupten, seine finanzielle Rüstung aber ganz bedeutend stärken konnte. Weiterer Ausbau der Organisation, weitere Stärkung des Verbandes, das ist das alte und immer wieder neue Ziel, die oft gelöste und immer wieder gestellte Aufgabe, die sich alle Mitglieder und alle Funktionäre des Verbandes zu eigen machen und verfolgen müssen mit dem gleichen Eifer, den sie im Jahre 1929 bewiesen haben. Der Erfolg, der dann nicht ausbleiben kann, wird alle Mühen und alle Anstrengungen und alle Opfer lohnen. Der Aufstieg des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands ist gleichbedeutend mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse. Und diesem Streben müssen wir alle dienen und wollen wir alle dienen.

Englische und deutsche Arbeitslosigkeit.

Die englische Bevölkerung leidet zurzeit gerade so unter der Last einer gewaltigen Arbeitslosigkeit wie die deutsche. Auch dort ist die Unterbringung der Erwerbstätigen in die Wirtschaft das brennendste soziale Problem. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt infolge von Bevölkerungsvermehrung zu. Die Rationalisierung der Produktion macht Arbeitskräfte frei, deren anderweitige Unterbringung um so schwieriger ist, als der landwirtschaftliche Bevölkerungszuwachs nicht in der Landwirtschaft untergebracht werden kann und so den städtischen Arbeitsmarkt belastet. Handel und Verkehr vermögen nur einen Teil des Bevölkerungszuwachses und der Freigesetzten aufzunehmen. So müßte zur Eingliederung der Erwerbssuchenden in die Wirtschaft eine erhebliche Erweiterung der industriellen Produktion erfolgen. Diese Erweiterung ist aber ausgeblieben, ja es fand eine Einschrümpfung der Produktion statt, so daß an Stelle der Auffaugung der Erwerbssuchenden eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit eintrat. Die englische Arbeiterregierung steht somit unter dem Unglücksstern der Arbeitslosigkeit, die sich trotz verschiedener Anstrengungen, die zu ihrer Beseitigung unternommen wurden, sich noch stark erhöhte. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt in England an die 1,8 Millionen Personen.

Worauf ist die gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit in England zurückzuführen? Sind die Ursachen der englischen Arbeitslosigkeit denen der deutschen gleich oder davon verschieden? Zweifellos sind die Verhältnisse in den beiden Ländern anders gelagert. In einem entscheidenden Punkt ist aber in beiden Ländern eine ähnliche Lage vorhanden: Als wichtigster Grund für die Einschränkung der Produktionstätigkeit ist in beiden Ländern eine starke Vertrauenskrise des Unternehmertums zu verzeichnen.

In England wurde die Vertrauenskrise durch den allgemeinen Preissturz ausgelöst. Der Preissturz der Lebensmittel und Rohstoffe hat die Kaufkraft der Länder, die jene Lebensmittel- und Rohstoffe ausführen, sehr geschwächt; sie können vom Ausland weniger kaufen als zuvor. England, das mehr als andere Länder auf eine große Ausfuhr angewiesen ist und dessen Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr so konkurrenzfähig ist wie früher, leidet schwer unter dem Rückgang des Außenhandels; der verminderte Beschäftigungsgrad ist zu einem großen Teil auf die Verschärfung der an sich lange anhaltenden Ausfuhrkrise zurückzuführen. Allerdings bringt der verbilligte Lebensmittel- und Rohstoffbezug der englischen Industrie auch erhebliche Vorteile, die einen Anreiz zur Vergrößerung der Produktion für die Versorgung des Inlandmarktes geben könnten. Dem ist aber nicht so. In der kapitalistischen Wirtschaft wird die Unternehmungslust durch steigende Preise stark gefördert, durch deren Sinken aber gehemmt. So ist es auch gegenwärtig in England, wo der allgemeine Preisrückgang zur Erlahmung der Unternehmungslust führte. Verschärfend tritt hinzu, daß die Lebenshaltungskosten trotz des Preissturzes nicht oder nur in sehr geringem Umfang sanken, da der Zwischenhandel, der in England ebenso wie in Deutschland stark aufgebläht ist, auf seinen Gewinn nicht verzichten will und daher die Preissenkung sich auf den Kleinhandel nicht fortpflanzt. Für Lohnsenkungen ist der Spielraum schon aus diesem Grunde nicht vorhanden, zumal Arbeiterschaft und Gewerkschaften das in schweren Kämpfen erreichte Lohnniveau mit allen Kräften verteidigen. Da infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit das Lohneinkommen der Bevölkerung stark zurückging, würde eine allgemeine Lohnsenkung durch Schwächung der Kaufkraft der Verbrauchermassen die Lage vieler Industriezweige nur noch verschlechtern. Der Ausfall an Lohneinkommen infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat zur Verschärfung der Krise bereits erheblich beigetragen.

Auch in Deutschland ist der Hauptgrund für die wirtschaftliche Depression und die damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit die Vertrauenskrise. Die Ursachen dieser Vertrauenskrise sind aber in Deutschland andere als in England. Gewiß wird auch die deutsche Industrie durch den allgemeinen Kaufkraftrückgang der Welt allmählich in Mitleidenschaft gezogen. Auch die deutsche Ausfuhr stößt aus diesem Grunde auf Schwierigkeiten. Trotzdem kann man sagen, daß die deutsche Ausfuhr bisher eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit zeigte. Das angeblich hohe Lohnniveau stand der Steigerung der deutschen Ausfuhr nicht im Wege, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wurde dank Senkung der Produktionskosten durch vermehrte Arbeitsintensität und verbesserte Produktionsausrüstung gewaltig verstärkt. Für die deutsche Vertrauenskrise sind also nicht die Schwierigkeiten der Ausfuhr verantwortlich, auch nicht der Rückgang der Preise, der in Deutschland erheblich geringer ist als in England und sich auf die Fertigprodukte kaum erstreckt. Gewiß wurde die Unternehmungslust durch fallende Preise in dem einen oder anderen Fall beeinträchtigt, gewiß wirkt der Ausfall von Kaufkraft großer Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die industrielle Produktion ungünstig zurück. Kartelle und Zölle haben jedoch das Sinken des Preisniveaus aufgehalten, die Kartellpreise geben nicht nach und auch die üblichen Preise fallen zum Teil eben infolge der Vorbelastung ihrer Produktion mit hohen Kartellpreisen nicht in einem Umfang, daß die Erlahmung der Unternehmungslust darauf zurückgeführt werden könnte. Im Gegenteil könnte man in Deutschland von einem Preisrückgang, vornehmlich von einer Herabsetzung der Kartellpreise nur günstige Folgen für die Erweiterung der Produktion erwarten. Es sind andere, teilweise außerwirtschaftliche Gründe, die die deutsche Vertrauenskrise herbeiführten. Noch im vergangenen Jahre wurde das Vertrauen in die deutsche Währung, die deutsche Finanzwirtschaft und in Verbindung mit dem Young-Plan in die Zukunft der deutschen Wirtschaft überhaupt systematisch untergraben. Als Folge der Inflationsangst und um Steuern zu ersparen, setzte eine Kapitalflucht großen Umfangs ein, wodurch die Schwierigkeiten der öffentlichen Finanzwirtschaft gewaltig übersteigert wurden. Die Lage der Staatswirtschaft hat sich in doppelter Hinsicht verschlechtert: Die Vertrauenskrise führte sowohl zu verminderten Steuereinnahmen, wie sie die Stellung der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt erschütterte. Da die öffentliche Hand in Deutschland zu den größten Auftraggebern gehört, muß der Ausfall von Aufträgen die Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe gewaltig vermehren; die gesteigerte Arbeitslosigkeit bringt aber eine weitere Belastung der Staatsfinanzen, und so geht der Druck von der einen Stelle auf die andere über.

Erhöhte Zölle —

auf fast alle lebensnotwendigen Waren haben die Agrarier mit Hilfe ihrer Freunde aus allen Lagern der Besitzenden durchgesetzt, um die „nationale Landwirtschaft" zu retten. Um die „nationale Wirtschaft" vor dem Untergang zu bewahren, fordern die Unternehmer aller Industrien

Lohnkürzungen

und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Zu der verteuerten Lebenshaltung ein verringerter Verdienst für die Arbeiterschaft, das sind die Mittel, durch die Staat und Wirtschaft gerettet werden sollen. Durch den

Abbau der Sozialversicherung

sollen die Arbeiter gefügig gemacht werden, daß sie zu jedem auch noch so niedrigen Lohn und unter noch so schlechten Bedingungen arbeiten. Alle Lasten sollen auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, damit die Besitzenden weiter im Wohlleben ihre Zeit verbringen können. Gegen diese Pläne zur Verelendung der Arbeiterklasse gibt es nur die Selbsthilfe durch die gewerkschaftliche Organisation.

Werbe für deinen Verband!

In beiden Ländern, in England wie in Deutschland, wurde die Lage durch die Schwierigkeiten der internationalen Kapitalbewegung verschärft. Der amerikanische Börsenzusammenbruch hat die Kapitalausfuhr der Vereinigten Staaten auf längere Zeit lahmgelegt. Das französische Kapital ist trotz großer Kapitalüberschüsse in Frankreich immer noch nicht in die Bresche getreten. Die Reparationsanleihe von 300 Millionen Dollar hat auf die internationale Kapitalversorgung vorerst ungünstig gewirkt, da deren Vorbereitung den Weg für andere langfristige Anleihen, sowohl für Deutschland wie für andere Länder, versperrte. In letzter Zeit haben alle wichtigen Länder ihren Bankdiskont ermäßigt. Dieser Diskontrückgang könnte aber für die Kapitalversorgung der Welt nur dann Erleichterung bringen, wenn die Verbilligung des Kredits auch auf langfristige Anlagen übergreifen würde, was bisher, wie erwähnt, noch nicht erfolgte. Diese Verhältnisse waren für beide Länder, England wie Deutschland, sehr ungünstig. Die deutsche Wirtschaft, vor allem die öffentliche Hand, konnte ihren Kapitalbedarf nicht befriedigen. Für England ist aber die Stockung auf dem internationalen Kapitalmarkt deshalb ungünstig, da die ausländischen Abnehmer von englischen Industrieprodukten, insbesondere von Produktionsmitteln, über die zur Bezahlung der Einfuhr erforderlichen Kapitalien nicht verfügen. Die englische Kapitalausfuhr ist nicht ausreichend, um die erforderliche Kaufkraftübertragung, die im Hinblick auf den Kaufkraftschwund auf dem Weltmarkt erforderlich ist, allein zu besorgen. Es steht allerdings zu erwarten, daß die allgemeine Diskontsenkung, die neuen französischen Steuergesetze für die Begünstigung der langfristigen Kapitalausfuhr und der Abschluß der Mobilisierungsanleihe die langfristige Kapitalbewegung in absehbarer Zeit wieder ankurbeln werden. Dennoch bleibt es zweifelhaft, ob die Stärkung der internationalen Kapitalbewegungen die einmal vorhandene Vertrauenskrise zu beheben vermag. Wie der englische Nationalökonom Keynes feststellt, ist diese Vertrauenskrise in England derart fest eingewurzelt, daß deren Beseitigung von der auf sich gestellten Wirtschaft nicht erwartet werden kann. Lohnsenkungen werden freilich für die Behebung der Vertrauenskrise in England wie in Deutschland vorgeschlagen. In England allerdings nicht von Keynes, der zwar seinen früheren Veröffentlichungen zufolge das englische Lohnniveau als überhöht ansieht, zur Beseitigung der Vertrauenskrise aber die Lohnsenkung anscheinend nicht für richtig hält. In der Tat würde die Lohnsenkung ein Heilmittel sein, das schlimmer als die Krankheit ist. Das Vertrauen auch der Arbeiter kann erschüttert werden, — die Folge würde sich in verminderter Produktivität zeigen. Des weiteren würde der Unternehmer sein Vertrauen in erhöhte Profite kaum zurückgewinnen, würde ihn im Falle der Lohnsenkung die weitere Verschlechterung der Absatzverhältnisse bald in den Zustand der Vertrauenskrise zurückwerfen, wenn auch die Unternehmer, die von der Lohnsenkung profitierten, und die, die unter den Absatzschwierigkeiten zu leiden hätten, nicht unbedingt dieselben wären. Keynes sieht als Ausweg den Eingriff des Staates, der mit seiner Anlagetätigkeit neben und an Stelle des privaten Unternehmers treten soll. Für Deutschland, wo die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Wirtschaft auch unter normalen Verhältnissen viel wesentlicher ist als im Ausland, ist diese für die Ankurbelung der Konjunktur und insbesondere die Belebung des Baumarktes mehr noch als in England nötig, wenn auch allerdings die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für die deutsche Staatswirtschaft aus den bekannten Gründen viel größer sind. Trotzdem kann auf diesem Gebiet noch wesentliches geleistet werden, und es wäre ein nicht zu entschuldigendes Versäumnis, wenn nicht alle Gelegenheiten ausgenutzt werden, um die Unternehmertätigkeit der öffentlichen Hand und die staatlichen Bestellungen zu fördern.

Reorganisation des IGB.

Nachdem England und Schweden den Antrag stellen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wieder nach Berlin zu verlegen, ist die Annahme dieses Antrages möglich. Wenn es auch vielleicht verfrüht ist, rückblickend die Amsterdamer Periode zu betrachten, so ist es an der Zeit, die notwendige Reorganisierung des IGB. vorzubereiten.

Die Amsterdamer Epoche war, besonders in den ersten Jahren, einer großzügigen Propaganda gewidmet, behindert durch die bolschewistische Spaltung, begünstigt durch die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation. Gleichzeitig hat aber auch der IGB. befruchtend und anfeuernd auf Genf gewirkt. Niemand wird behaupten, daß der Erfolg der Propaganda in einem entsprechenden Verhältnis zu dem Aufwand stand. Die überseeischen Länder — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — stehen dem IGB. noch immer fern, Amerika und Australien scheinen sich von ihm mehr entfernt als sich ihm genähert zu haben, Asien ist für den IGB. so gut wie unerforschtes Land.

Die Ursachen dieses Mißerfolgs sind nicht schwer zu ermitteln. Europa — und heute ist der IGB. im Wesen nach eine europäische Organisation — hat viel von seinem Prestige und seiner Anziehungskraft eingebüßt. Asien, Amerika, Australien sind nicht mehr „Provinz" im Verhältnis zu Europa, der Metropole. Sie haben sich geistig und wirtschaftlich selbständig gemacht. Unsere Ideologie ist ihnen nicht geläufig, und die Übereinstimmung der wirtschaftlichen Interessen erscheint ihnen nicht zwingend genug. Was der IGB. ihnen zu bieten hat, ist zu wenig, um sie zum Anschluß zu veranlassen.

Hier liegen die Ursachen des Mißerfolges. Sie zu beheben, muß die nächste Aufgabe sein.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der IGB. nicht von der Idee, sondern von der Praxis ausgehen muß. Die Praxis ist die fortschreitende internationale Verflechtung der Kartelle und Truste, des Bankkapitals, des Handels und der Industrie, die immer größere Abhängigkeit des sozialpolitischen Fortschritts in einem Lande von dem sozialpolitischen Fortschritt in der ganzen Welt. Hier muß der IGB. einhaken.

Es liegt auf der Hand, daß das Studium und die Förderung der internationalen Sozialpolitik, die Durchleuchtung der kapitalistischen Wirtschaft, die Herausstellung der Ursachen und Folgen der Rationalisierung und ihre Wechselwirkung auf die Wirtschaft und auf die Gewerkschaften der verschiedenen Länder und Erdteile nicht im Nebenamt gemacht werden können, neben der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, die der IGB. zu leisten hat.

Hier muß bei der Reorganisation des IGB. eingesetzt werden. Man hat den aufgeschwollenen Propagandaapparat des IGB. seinerzeit abgebaut, ohne ihn durch eine bessere Organisation zu ersetzen. Die Sitzverlegung, längst notwendig, jetzt endlich möglich, wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Entsprechend seinen äußeren Aufgaben muß auch die innere Organisation des IGB. aufgebaut sein. Neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Abteilung ist eine Abteilung für Sozialpolitik und eine Abteilung für Wirtschaftspolitik einzurichten. Der sozialpolitischen Abteilung fallen alle Fragen zu, die die internationale Arbeitsorganisation behandelt oder zu behandeln hat, soweit es die eigentlichen sozialpolitischen Maßnahmen betrifft. (Sozialversicherung, Sozialhygiene, Arbeitsschutz, Arbeitszeitregelung.) Es ist notwendig, daß der IGB. in Genf wieder führend, fördernd und anfeuernd wirkt.

Die Wirtschaftsabteilung soll nicht nur eine Forschungsstelle sein, die das ungeheure Material über die jüngsten Entwicklungsstufen des Kapitalismus sichtet, soweit es in den verschiedenen Ländern greifbar ist. Die Wirtschaftsabteilung muß mit Hilfe der Landeszentrale eventuell selbst Erhebungen anstellen, in engster Verbindung mit den Genossenschaften bleiben und das gesichtete Material publizistisch und propagandistisch verwerten. Richtig geleitet, werden diese beiden Abteilungen eine ungleich stärkere Anziehungskraft auf die uns noch fernstehenden Organisationen ausüben, als es alle Delegationen und Solidaritätserklärungen vermögen.

Schließlich brauchen die europäischen Arbeiter in mindestens ebenso hohem Maße die Durchleuchtung der Wirtschaft wie die Arbeiterschaft Amerikas oder Asiens. Es ist ein glückliches Zusammentreffen von Umständen, das zu der gleichen Entwicklung in der ganzen Welt geführt hat. Das Interesse der Arbeiterschaft der ganzen Welt und das des IGB. gebietet es gleichermaßen, daß diese Entwicklungsstufe, die Rationalisierung, die Arbeiterschaft nicht nur bindet, sondern auch verbindet und damit freimacht. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern und deren Synthese auf einen gemeinsamen Nenner die Voraussetzung des Gelingens sind. Das gleiche gilt von der Sozialpolitik. Wenn es die Unternehmer hier auch leichter haben, weil sie sich alle instinktiv von vornherein ablehnend verhalten, das geschlossene und immer erfolgreichere Auftreten der Unternehmer in Genf kann dem IGB. als Vorbild dienen.

Es ist eine durch die Tatsachen längst überholte Maxime, daß das Proletariat international, die Besitzenden aber national seien. Nur ganz vorübergehend in einem gewissen Entwicklungsstadium des Kapitalismus waren die Besitzenden national. Nur die Schichten von Bildung ohne Besitz sind national und selbst nationalistisch, und das Proletariat ist nur zu leicht geneigt, dieser Schicht zu folgen. Die Besitzenden aber sind wie der Besitz international. Heute hat der kapitalistische Besitz längst alle Grenzen der Länder und Erdteile übersprungen. Gegenüber dieser Entwicklung ist die Arbeiterschaft, besonders aber ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, ins Hintertreffen geraten. Es muß alles daran gesetzt werden, um den Vorsprung, den das Unternehmertum genommen hat, wieder aufzuholen.

J. Steiner-Jullien.

Frauenfragen.

„Männliche" oder „weibliche" Wohnung?

Im „Bücherkreis" G. m. b. H. (Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8) erscheint demnächst das „Buch vom Bauen" von A. Sigrist, in dem wohl zum ersten Male das Wohnungsproblem vom grundsätzlich sozialistischen Standpunkt aus behandelt wird. Der nachfolgende Abschnitt, der dem genannten Werk entnommen ist, beschäftigt sich mit der sehr aktuellen Frage der modernen Wohnungseinrichtung.

Es gibt eine Reihe von Wörtern, die alle eine bestimmte Art von älteren Gewohnheiten und Bedürfnissen des Wohnens bezeichnen: das „Heim", in dem man sich „heimisch" fühlt, die „behagliche" „Häuslichkeit", die „bequeme" „wohnliche" Ausstattung mit der „gemütlichen" Ecke. Von den modernen Wohnungseinrichtungen behauptet man vielfach, sie seien das Gegenteil hiervon. Sehr bezeichnend ist der bekannte Witz, daß der Verkäufer im Möbelgeschäft dienstbeflissen fragt: „Wünschen gnädige Frau ein modernes Zimmer? oder soll's mehr etwas Behagliches sein?" Er kann sicher sein: wenn die „gnädige Frau" Wert darauf legt, immer das Neueste von der Mode mitzumachen, wird sie zwar „etwas Modernes" verlangen, fast in allen Fällen aber eher „etwas Behagliches". Beim Mann als Einkäufer könnte man das nicht mit solcher Sicherheit behaupten. Und das kann wohl kaum ein Zufall sein. Vielmehr ist es wohl nur natürlich, daß der Mann, besonders unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen, andere Wohnbedürfnisse hat als die Frau. Zum mindesten ist das so in den Schichten des gehobenen Mittelstandes, die als Käufer noch am ehesten Einfluß haben auf den Geschmack der Produktion.

Man hat viel über die verschiedene Psychologie von Mann und Frau gestritten. Man hat gemeint, sie sei ein für allemal durch den natürlichen Geschlechtsunterschied gegeben und unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Man hat umgekehrt auch nachzuweisen versucht, daß die Charaktereigentümlichkeiten, die wir heute als typisch männlich und typisch weiblich zu empfinden pflegen, ausschließlich ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse seien, und es sind Beispiele aus alten und exotischen Verhältnissen angeführt worden, wo die Frauen die gesellschaftliche Herrschaft, z. T. sogar einschließlich des Kriegswesens, in Händen hielten und dadurch alle die Eigenschaften an sich gehabt haben sollen, die man heute als die typisch männlichen anzunehmen pflegt. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen. Schon allein die stärkere Naturgebundenheit der Frau, wie sie sich in der monatlichen Periode und im Austragen und Gebären der Kinder zeigt, kann nicht ohne Einfluß auf den Charakter bleiben. Auch wenn die Frauen einer bestimmten Gesellschaft zu besonderer Härte gegen sich selbst von klein auf erzogen werden, und also den Schwächezuständen, die sich aus diesen Naturbindungen ergeben, verhältnismäßig wenig nachgeben müssen, so ist doch auch eben damit schon eine Bestimmung des Charakters gegeben — die zwar weit abweicht von der Vorstellung, die unsere Eltern von Frauenart hatten, dem Typus des heutigen Sportmädchens aber schon sehr viel näher steht, und jedenfalls noch lange nicht als etwas „Männliches" bezeichnet werden kann.

Wie gesagt: die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen, das heißt, wie bei jedem einzelnen Menschen, so werden wohl auch bei den beiden Geschlechtern Naturanlage und gesellschaftlicher Einfluß immer sich zu einer Gemeinschaftswirkung verflechten, die nicht restlos in ihre einzelnen Teile aufgelöst werden kann. Und was man auch über die sog. Vermännlichung der Frau in unserer Zeit geschrieben hat: jeder Blick in neu eingerichtete Wohnungen aller Schichten und jede Auskunft des Verkaufspersonals, das mit dem Absatz von Möbeln und Einrichtungsgegenständen aller Art zu tun hat, beweisen jedenfalls, daß die Nachfrage der Frau von heute, auch der erwerbstätigen und der sporttreibenden Frau, in allen Dingen der Gestaltung ihrer näheren Umgebung deutlich beeinflußt ist von der weiblichen Naturgebundenheit. Während der Durchschnitt der Männer erfahrungsgemäß dem Aussehen der Wohnung verhältnismäßig gleichgültig gegenübersteht und kein sehr lebhaftes Bedürfnis nach all den Dingen zeigt, die man unter den Schlagwörtern „Behaglichkeit, Wärme, Schönheit" zusammenfaßt, ist die Frau mehr oder weniger noch immer darauf aus, ihre Wohnräume, nötigenfalls auch mit bescheidenen Mitteln, „ein bißchen hübsch" zu machen.

Für eine weitere Perspektive könnte man sich vielleicht einen Zustand ausmalen, der durch äußerste Gegensätze charakterisiert ist, die natürlich keineswegs die breite Masse der Wohnräume, sondern nur ihre am schärfsten ausgeprägten Formungen kennzeichnen werden. Gegensätze nämlich in folgender Art: der Wohnraum des Mannes in äußerster Einfachheit, um nicht zu sagen Nüchternheit, ohne Schmuck, sachlich und zu irgendeiner privaten Arbeit, Lesen, Schreiben, Basteln, geeignet, freilich nicht ohne Bequemlichkeit; der Wohnraum der Frau weicher, behaglicher, mit einigen von den kleinen Dingen, die den Frauen so wichtig sind, Blumen, ein paar Vasen, farbige Decken und Kissen; geeignet weniger zur Arbeit, mehr als Empfangsraum für Gäste, besonders als Empfangsraum für den Mann als Ehemann oder Liebhaber, der im letzten Sinne vielleicht immer nur ein Gast der Frau ist, und der dies in einer Gesellschaft, die die Rechte und die Selbständigkeit der Frau und des Kindes nicht nur juristisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial anerkennt und schützt, vielleicht immer mehr sein wird.

In einer solchen reinen Ausprägung der gegensätzlichen Typen „männlicher" und „weiblicher" Wohnung ist wohl das Entwicklungsziel der heutigen Bewegung, mindestens als geistige Zielsetzung zu erblicken. Man erkennt leicht, daß hiermit auch der höhere Ausgleich der Gegensätze „schön" und „zweckmäßig" gegeben ist. Denn so wenig zwischen dem männlichen und dem weiblichen Prinzip in der Welt ein absoluter Gegensatz besteht, beide vielmehr in jedem einzelnen Menschen sich in verschiedenster Weise mischen — so wenig sind die hier aufgestellten Gegensätze einer männlichen und einer weiblichen Wohnweise als absolute Gegensätze aufzufassen; weder brauchte die männliche unschön, noch die weibliche unzweckmäßig zu sein. In einer vom Gedanken der gesellschaftlichen Arbeit beherrschten Gesellschaft wird kein Haus und keine Wohnung vor dem Urteil bestehen können, ohne zweckmäßig zu sein. Da aber der Sinn einer solchen Gesellschaft und das eigentliche Ziel des Sozialismus die Befreiung des Menschen durch gesellschaftliche Arbeit ist, so wird kein Haus und keine Wohnung als vollkommen zweckmäßig anerkannt werden, wenn nicht das Bedürfnis des Menschen nach Schönheit und Freude in die Zwecksetzung aufgenommen und befriedigt ist.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Betriebsunfall durch Spielerei?

Nach den Grundsätzen der Reichsversicherungsordnung und nach den bisher ergangenen Entscheidungen gilt nicht jede Schädigung des Arbeitnehmers als Betriebsunfall. Ein solcher liegt vielmehr nur dann vor, wenn der Arbeitnehmer durch oder bei der Arbeit im versicherungspflichtigen Betrieb oder bei einer Tätigkeit, die der Unfallversicherung unterworfen ist, einen plötzlichen und unvorhergesehenen Schaden an Körper oder Geist erleidet. Die Schädigung muß also in direktem Zusammenhang mit der Betriebsarbeit oder -tätigkeit stehen.

Es sind nun in der Praxis die Fälle nicht selten, in denen Versicherte Unfälle erleiden, die nicht durch die eigentliche Betriebsarbeit, sondern durch Spielerei des Arbeiters in den Arbeitspausen oder auch während der Arbeit selbst entstanden sind. Derartige Unfälle können für die davon betroffenen Versicherten oft ebenso schlimme Folgen haben wie sonstige Betriebsunfälle. Es ist deshalb für alle Arbeitnehmer die Frage äußerst wichtig, ob derartige Schadensfälle als entschädigungspflichtige Betriebsunfälle im Sinne der Reichsversicherungsordnung anerkannt werden oder nicht. Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Das Gesetz selbst enthält hierüber keine Vorschriften oder Hinweise. In Frage könnte in diesem Zusammenhang höchstens der letzte Absatz des § 544 kommen, in welchem es heißt: „Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles nicht aus." Um die in der Überschrift aufgeworfene Frage beantworten zu können, muß man in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes nachlesen. Leider ist diese auch nicht einheitlich. Grundsätzlich vertritt das Reichsversicherungsamt den Standpunkt, daß durch Spielerei auf der Arbeitsstätte der Zusammenhang mit dem Betrieb im allgemeinen gelöst wird. Bei Unfällen, die dem Versicherten durch solche Spielereien zustoßen, kann eine Mitwirkung des Betriebes im allgemeinen nicht anerkannt werden. Das gilt auch für Spielereien an Betriebseinrichtungen und dadurch bewirkte Körperschäden. So hat das Reichsversicherungsamt in einer ganzen Reihe von Fällen, in denen sich der Verunglückte den Schaden durch Spielerei zugezogen hat, eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften abgelehnt. Im Gegensatz hierzu heißt es in einer anderen Entscheidung: „Auch Unfälle bei Spielereien können als Betriebsunfälle gelten, es wird aber stets das Vorhandensein besonderer Umstände gefordert, die es rechtfertigen, den Unfall noch dem Betriebe zuzurechnen." In sehr vielen Fällen ist ein Betriebsunfall dann anerkannt worden, wenn es sich um Spielereien von Kindern handelte. Voraussetzung ist jedoch auch hierbei stets, daß die betreffenden Kinder in dem versicherungspflichtigen Betrieb eine ernst zu nehmende Beschäftigung ausüben bzw. ausgeübt haben. Einen Einblick in die Rechtsauffassung bietet folgende Entscheidung: „Der Umstand, daß der Verletzte zur Zeit des Unfalles noch nicht acht Jahre alt war und keinen Lohn für seine Tätigkeit bezogen hat, schließt einen Betriebsunfall nicht aus, wenn es sich nur um eine ernste Mithilfe des Knaben gehandelt hat. Kinder dürfen nur dann bei gefährlichen Betriebseinrichtungen beschäftigt werden, wenn sie einer strengen Beaufsichtigung unterstehen. Erleidet ein Kind beim Spielen mit einer solchen Betriebseinrichtung einen Unfall, so erliegt es einer Gefahr, der es durch seine Betriebstätigkeit, nämlich durch die unbeaufsichtigte Beschäftigung an einer gefährlichen Einrichtung, ausgesetzt war." Es könnten noch mehr derartige und ähnliche Entscheidungen angeführt werden, doch mag dies genügen.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß bei Erwachsenen das Vorliegen eines Betriebsunfalles im allgemeinen verneint wird, wenn der Schaden durch Spielerei entstanden ist. Handelt es sich dagegen um Kinder, so erkennt die Unfallversicherung zusammen mit der Rechtsprechung den Betriebsunfall von Fall zu Fall an.

Kl—e.

Schacht über die Leistungen der Krankenkassen.

Es war vorauszusehen, daß Schacht, nachdem er aus der Reichsbank ausgeschieden war, sich nicht zur Ruhe setzen, sondern weiter öffentlich kritisieren würde. So meldet das „Berliner Tageblatt" in der Nr. 231 aus München, daß Schacht dort eine Rede gehalten habe. Diesmal hatte er sich den Politisch-Akademischen Klub ausersehen. Die Teilnehmer der Rede waren ehrenwörtlich zum Schweigen verpflichtet worden, und die Presse war ausgeschaltet. Der ehemalige Reichsbankpräsident soll in seiner Rede erzählt haben, was er in seiner Amtstätigkeit alles geleistet hat. Naturgemäß nahm er bei dieser Gelegenheit eine starke Selbstbeweihräucherung vor. In dem Bericht des „B. T." heißt es u. a. folgendermaßen: „In diesem Zusammenhang machte sich Schacht auch erbötig, mit der Hälfte der Ausgaben, mit der die deutschen Krankenkassen sich belasten, die gleichen Wirkungen zu erzielen, die die Krankenkassen zu verzeichnen haben." Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wie sich Schacht dieses Kunststück gedacht hat. Es wird ihm auch wohl schwer gefallen sein, dies zu beweisen. Derartige Äußerungen haben einen zweifachen Zweck: 1. die eigene Person und deren Tatkraft in den Vordergrund zu schieben und 2. die Zuhörer mit unkontrollierbaren Angaben zu begeistern. Zweifellos könnten bei den Krankenkassen Ersparnisse gemacht werden. Wir denken z. B. an die Zersplitterung, die im Krankenkassenwesen herrscht. Ein großer Teil der Betriebskrankenkassen und fast alle Innungskrankenkassen könnten glatt verschwinden und in die bestehenden Ortskrankenkassen eingereiht werden. Dadurch wäre bereits eine wesentliche Ersparnis möglich. Wie sonst noch Ersparnisse zu machen sind, darauf hat der Hauptverband deutscher Krankenkassen sehr eindeutig aufmerksam gemacht. Das sind reale Tatsachen, während der Hexenmeister Schacht lediglich verschwommene Meinungsäußerungen zum besten gibt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Am 25. Mai veranstaltete die Zahlstelle Chemnitz für den Bezirk Penig eine Jubilarfeier. Acht Kollegen und eine Kollegin gehören in diesem Bezirk unserem Verband seit mehr denn 25 Jahren an. Es sind dies die Kollegen Richard Rose, Ernst Geitel, Georg Vogt, Georg Kästner, Hermann Riedel, Gustav Fiedler, Paul Haustein, Otto Werner und die Kollegin Pauline Müller. Zahlreich waren die Mitglieder des Bezirks Penig dem Rufe der Ortsverwaltung Chemnitz gefolgt. Die freien Sänger und die Kapelle Frommhold aus Penig trugen zur Verschönerung des Tages bei. Insbesondere den freien Sängern muß, obwohl klein an der Zahl, für ihre hervorragenden Leistungen an diesem Tage hier Dank und Anerkennung ausgesprochen werden. In seiner Festansprache wies Kollege Siegmund (Chemnitz) auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die die alten Kollegen bei der Gründung der Zahlstelle und in den folgenden Jahren zu überwinden hatten. Mehrere von ihnen sind wiederholt für ihr Eintreten für den Verband von den Unternehmern gemaßregelt worden. Sie haben sich trotzdem in ihrer Arbeit für den Verband nicht beirren lassen und gemeinsam mit ihren Frauen alles getan, um die Organisation vorwärtszubringen. Man sah es den Kollegen an, wie sie sich freuten, mit ihren Frauen ihren Ehrentag in dieser Weise festlich begehen zu können. Rein äußerlich wurde der Dank des Verbandes in der Überreichung einer Ehrenurkunde mit einem besonderen kleinen Geschenk der Ortsverwaltung Chemnitz zum Ausdruck gebracht. Ein Jubilar sprach der Ortsverwaltung und dem Gesamtverband dafür Dank und Anerkennung aus, gelobte im Namen seiner übrigen Kollegen, auch in Zukunft weiterhin rührig für die Organisation tätig zu sein, und alles zu tun, um den letzten heute noch in den Betrieben tätigen Unorganisierten dem Verband als Mitglied zuzuführen. Nach Beendigung des offiziellen Teils blieben die Mitglieder mit ihren Angehörigen noch recht lange gemütlich zusammen. Alle werden sie diesen Tag in angenehmer Erinnerung behalten und das wahr machen, was aus dem Munde des alten Kollegen ausgesprochen wurde, nämlich dem Verband auch in Zukunft treu zu bleiben, ihn vorwärtszubringen.

Dresden. Am 20. Mai 1930 fand eine von etwa 400 Funktionären der Zahlstelle Dresden besuchte Funktionärversammlung statt. Über „Die Denkschrift der Arbeitgeberverbände zur Hebung der deutschen Wirtschaft und die Stellungnahme der Gewerkschaften zu derselben" referierte der Kollege Partzsch (Hannover). Er legte an Hand eines reichen Tatsachen- und statistischen Zahlenmaterials die wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Depression nicht nur der deutschen, sondern auch der Weltwirtschaft dar. Seine Ausführungen gaben den Funktionären einen tiefen Einblick in die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und deren wirtschaftliche Zusammenhänge. Ganz besonders die deutsche Wirtschaft, deren Landwirtschaft zur Versorgung des Volkes nicht ausreicht, die eine ausgeprägte Veredlungs- und Fertigwarenindustrie aufweist und Armut an Rohstoffen hat, hat natürlich mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu rechnen. Die heutige Konstellation in der Weltwirtschaft ist ein Kampf um die Rohstoffquellen. In der Weltwirtschaft mit wenig Rohstoffen und viel Qualitätsarbeitern wird immer der Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen härter sein, als im gegenteiligen Falle. Der verlorene Krieg mit den finanziellen Belastungen, Verlusten von Rohstoffgebieten sowie die gewaltige Konkurrenz des Auslandes tragen weiter zu den Schwierigkeiten bei. Trotzdem hat Deutschland seine führende Stellung in der Weltwirtschaft fast wieder erreicht. Die deutsche Wirtschaft ist, wie uns Wirtschaftszahlen beweisen, durchaus gesund und widerstandsfähig und in der Lage, bestehende Widerstände zu überwinden. Wenn die Denkschrift der deutschen Arbeitgeberverbände die Ursachen der augenblicklichen Depression in steuerlicher und sozialer Belastung und in zu hohen Löhnen sucht, so kann dieser Verelendungstheorie, getragen von eigensüchtigen Interessen des Unternehmertums, nicht scharf genug entgegengetreten werden. Kollege Partzsch entrollte an Hand eines überreichen statistischen Zahlenmaterials ein ganz anderes Bild, als es in der Denkschrift der Arbeitgeberverbände enthalten ist. Die Handelsbilanz ist im fortgesetzten Steigen begriffen. Der Stand der einzelnen Zweige der Industrie im Reiche ist, abgesehen von Schwierigkeiten einzelner Wirtschaftsgebiete, durchaus als befriedigend anzusehen. Wenn auch das Volkseinkommen eine Steigerung aufweist, so betrifft dies in allererster Linie die besitzenden Klassen. Die Abschlüsse in einzelnen Industriezweigen zeigen durchaus keinen Niedergang. Die Ursachen der jetzt bestehenden Krise und der damit verbundenen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit liegen auf ganz anderem Gebiete und können mit dem in der Denkschrift der Arbeitgeberverbände vorgeschlagenen Lohnabbau und Abbau der sozialen Versicherung nicht behoben werden. Diese Denkschrift stellt nur eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung dar, welche die Gewerkschaft verpflichtet, ihre Vorschläge auf die Gebiete zu erstrecken, welche einen Anstieg der Wirtschaft auch wirklich gewährleisten. Arbeitszeitverkürzungen, Herabsetzung der Altersgrenze der Invalidenversicherung könnten den Arbeitsmarkt entlasten und die Steigerung der Kaufkraft des Volkes den Inlandsmarkt beleben. In dieser Richtung haben sich die Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, im Gegensatz zur Denkschrift der Arbeitgeberverbände, zu bewegen. Zu diesem mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Referat sprachen die Kollegen Garten, Wachsmuth und Grafe und die Kollegin Löhlein. In seinem Schlußwort ging Kollege Partzsch auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. An Mitteilungen wird durch den Bevollmächtigten, Kollegen Grafe, bekanntgegeben, daß verbilligte Ausstellungskarten für die „Hygieneausstellung" der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung stehen.

R. Mager.

Lübeck. Konferenz der Funktionäre. Zur Belebung der Agitation hatte die Zahlstelle eine Konferenz für alle Funktionäre einberufen. Der Kollege Rößler (Hannover) hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Funktionäre in den Zahlstellen. Redner erläuterte die Pflichten der Vorsitzenden, Kassierer, Vertrauensleute, der Hauskassierer usw. Besonders ermahnte er die Revisoren zu gewissenhaftester Arbeit. Heute mehr denn je müsse jeder Kollege seine Pflicht tun, denn die Pläne der Unternehmer in bezug auf Abbau der Löhne und Sozialpolitik können nur zunichte gemacht werden durch gute, schlagbereite Gewerkschaften. Da alle Ortsgruppen vertreten waren, ist auch zu erwarten, daß sich die guten Auswirkungen der Konferenz bald zeigen.

Gümpig.

Beilage zum Proletarier

Nummer 24 — Hannover, 14. Juni 1930 — 39. Jahrgang.

Chemische Industrie

Die Zukunft der Gummiproduktion.

Der Preis für Rohgummi sinkt weiter und erreichte einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Auch im Terminhandel, wo Gummi für die nächsten zwei Jahre gekauft und verkauft wird, sind die Preise außerordentlich niedrig und decken nicht die Produktionskosten der Erzeuger. Die Ausdehnung der Welterzeugung verbunden mit einem Rückgang der Nachfrage in den Vereinigten Staaten, deren Automobilindustrie infolge der wirtschaftlichen Depression schwach beschäftigt ist, ist für den gewaltigen Preisrückgang verantwortlich. Die Besitzer der großen Gummiplantagen sind jedoch für die fernere Zukunft zuversichtlich und von ihrem Gesichtspunkt aus wahrscheinlich auch mit Recht. Aus ihren großen Reserven, die sie aus früheren Gewinnen angehäuft haben, vermögen sie die gegenwärtigen Verluste leicht zu tragen, zumal ihre Produktionskosten niedriger sind als die der kleinen Pflanzer. Diese müssen infolge der gegenwärtigen Verhältnisse zusammenbrechen und ihren Betrieb aufgeben. Noch weniger sind sie in der Lage, ihre Plantagen zu erweitern, zumal es gewöhnlich 6 bis 7 Jahre dauert, bis die Gummipflanzen gezapft werden können. In den nächsten Jahren wird der Zuwachs an zapfbereiten Pflanzen verhältnismäßig gering sein. Der Weltverbrauch an Gummi stieg in den letzten 8 bis 9 Jahren jährlich um 12½ Prozent. Die Großplantagen rechnen nun damit, daß die Weltproduktion in den nächsten Jahren auf der gegenwärtigen Höhe von 800 000 Tonnen bleiben und daher im Jahre 1935 bereits erheblich geringer sein wird als der Weltverbrauch, selbst wenn dieser in Zukunft jährlich nur um 10 Prozent ansteigen würde. Als Folge der gegenwärtigen Gummikrise werden Zehntausende von kleinen Produzentenvernichtet, und daher können die Gummiplantagen des Großkapitals die Produktion allein beherrschen. Deshalb sieht das Großkapital dem Preissturz mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu. Freilich kann die Hoffnung des Plantagengroßkapitals auch vereitelt werden, falls politische Umwälzungen in den überseeischen Ländern in Zukunft seiner Macht Einhalt gebieten.

Papier-Industrie

Die Papiermacherberufsgenossenschaft in Sachsen.

Das „Wochenblatt für Papierfabrikation" bringt in seiner Nr. 21, Jahrgang 1930, einen Auszug aus dem Verwaltungsbericht der Sektion IX (Freistaat Sachsen) der Papiermacherberufsgenossenschaft für das Jahr 1929.

Betriebe und Vollarbeiter.

An Betrieben mit Vollarbeitern waren im Jahre 1929 vorhanden:

Fabriken	Anzahl der Betriebe	Vollarbeiter
Papier	74	13 128,1
Pappen	131	2 658,9
Holzstoff	215	3 179,9
Holzzellstoff	8	1 794,7
Strohzellstoff	4	433,6
Nebenbetriebe	57	1 144,5
Insgesamt:	489	22 339,7
Im Jahre 1928	526	23 800,9

Gegenüber dem Jahre 1928 ist die Zahl der Betriebe um 37 und die Zahl der Vollarbeiter um 1461,2 zurückgegangen. Die Zahl der Vollarbeiter wird dadurch errechnet, daß auf 300 geleistete Arbeitstage zu 10 Arbeitsstunden pro Tag ein Vollarbeiter entfällt. Sie stimmt also nicht überein mit den wirklich beschäftigten Arbeitnehmern. Das geht auch daraus hervor, daß die Gesamtzahl der Versicherten im Jahre 1929 27 716, dagegen im Jahre 1928 29 226 betrug. Demnach ist auch die Zahl der Versicherten — also der wirklich beschäftigten Arbeitnehmer — im gleichen Zeitraum um 1510 zurückgegangen. Nicht eingeschlossen in diesen Zahlen sind die kaufmännischen Angestellten, die zwar seit dem 1. Juli 1928 versicherungspflichtig geworden sind, für die die Unternehmer aber noch keine Beiträge an die Berufsgenossenschaft zu entrichten haben. Es handelt sich also sowohl bei den Vollarbeiterzahlen als auch bei den Versicherten nur um Arbeiter und technische Angestellte.

Vollarbeiterlöhne im Jahre 1929.

(Ein Vollarbeiter = 300 Arbeitstage zu 10 Arbeitsstunden.)

Fabriken	Jahreslohnsumme RM	Durchschnittslöhne pro Jahr RM	pro Tag RM	pro Stunde ₰
Papier	36 874 000	2808,78	9,39	93,9
Pappen	5 954 000	2239,27	7,46	74,6
Holzstoff	8 506 000	2674,92	8,91	89,1
Holzzellstoff	5 588 000	3113,61	10,37	103,7
Strohzellstoff	1 396 000	3219,55	10,71	107,1
Nebenbetriebe	2 475 000	2162,51	7,21	72,1
Insgesamt:	60 793 000	2721,30	9,07	90,7
Im Jahre 1928	61 158 100	2569,56	8,56	85,6

In der Spalte „Jahreslohnsumme" sind die den Berufsgenossenschaftsbeiträgen bei der Berechnung zugrunde gelegten Jahreslohnsummen angegeben. In den übrigen Spalten befinden sich die von uns errechneten Durchschnittslöhne je Vollarbeiter.

Durch die Berechnungsmethode der Vollarbeiterlöhne schraubt die Papiermacherberufsgenossenschaft die wirklich je Beschäftigten verdienten Löhne künstlich in die Höhe. Addiert man die Jahreslohnsumme mit der Zahl der Versicherten, so erhält man ein Bild, das den Lohnbezügen der Arbeitnehmer wesentlich näherkommt, wobei allerdings die Durchschnittslöhne pro Versicherten niedriger ausfallen. Dies geht mit aller Deutlichkeit aus der folgenden von uns errechneten Zusammenstellung hervor, wobei sämtliche Betriebe der sächsischen Papiererzeugungsindustrie entsprechend den Angaben der Papiermacherberufsgenossenschaft zugrunde gelegt wurden:

Jahr	Löhne der Vollarbeiter pro Jahr RM	pro Tag RM	Löhne der Versicherten pro Jahr RM	pro Tag RM
1929	2721,30	9,07	2193,43	7,31
1928	2569,56	8,56	2092,59	6,97

Bei der Beurteilung dieser Löhne darf ferner nicht außer acht gelassen werden, daß sie sich nicht aus der reinen Tariflöhnen zusammensetzen, sondern daß in ihnen enthalten sind: Akkord- und Prämienmehrverdienste, Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit sowie für Überstunden und ferner die Bezahlung für die über 48 Stunden pro Woche hinaus geleistete Mehrarbeit.

Unfälle.

Die Unfallstatistik für die sächsische Papiererzeugungsindustrie ergibt folgendes Bild:

	1929	1928
Gemeldete Unfälle	2820	3127
Davon auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle	178	223
Todesfälle	13	20
Erstmalig entschädigte Unfälle	243	268
Davon auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle	18	26
Entschädigte Unfälle auf 1000 Versicherte	8,77	9,17

Denke an die Not der Arbeitslosen,

wenn du zur Leistung von Überstunden aufgefordert wirst, die nicht unbedingt notwendig sind, also im Falle einer Gefahr nicht notwendig werden. Noch ist keine Besserung der Arbeitsmarktlage abzusehen. Drei Millionen Arbeitslose noch jetzt, wieviel werden es im kommenden Winter sein? Arbeitszeitverkürzung ist das beste Mittel gegen die riesige Arbeitslosigkeit. Jede Mutter verteilt das Brot gerecht auf ihre Kinder. Warum sollen die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten nicht gerecht auf alle Arbeitsfähigen verteilt werden? Hilf mit, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Arbeitszeit zu verkürzen, Not und Elend bei deinen Klassengenossen zu lindern,

vermeide Überstunden!

Erfreulicherweise ist gegenüber dem Jahre 1928 die Zahl der Unfälle im Jahre 1929 zurückgegangen. Der Rückgang beträgt bei den gemeldeten Unfällen rund 10 Prozent. Im Verwaltungsbericht der Sektion Sachsen wird diese Abnahme der Unfallgefahren auf den Rückgang des Beschäftigungsgrades und auf den immer mehr durchdringenden Gedanken der Unfallverhütung zurückgeführt.

Über die Ursachen der Unfälle äußert sich der Sektionsbericht folgendermaßen:

„Die Unfälle sind in vielen Fällen durch Nichtbeachtung bestehender Vorschriften und Außerachtlassung der erforderlichen Vorsicht verschuldet worden. Vom Betriebsunternehmer verschuldeter mangelnder Schutz hatte wiederum nur sehr geringen Einfluß auf Unfälle im Rechnungsjahre."

Wir sind diese Begründung der Unfälle durch die Papiermacherberufsgenossenschaft bereits gewöhnt. Es scheint, als ob dieser Satz Jahr für Jahr in der Druckerei fertig stehen bleibt, um bei jedem Jahresbericht wieder verwendet zu werden. Daß die infolge der Rationalisierung, verbunden mit dem Abbau von Arbeitskräften, eingerissene Antreiberei in den einzelnen Betrieben zur erhöhten Unfallgefahr führt, will die Papiermacherberufsgenossenschaft nicht eingestehen. Dafür wählt sie eine Berichtsform, als wenn die verunglückten Arbeiter geradezu mit Wollust in den Tod gingen, oder sich zu arbeitsunfähigen Krüppeln verschandeln lassen und sich in den Fällen, in denen die Erwerbskraft nicht vollkommen vernichtet wird, geradezu darauf freuen, als minderleistungsfähige Arbeiter entlohnt zu werden. Eine solche Begründung spottet jeder Beschreibung und muß dazu führen, die von den Unternehmern beherrschte Berufsgenossenschaft bei der Arbeiterschaft immer mehr in Mißkredit zu bringen. Infolgedessen braucht man sich auch nicht zu wundern, daß die Unternehmer stets als Unschuldslämmer bezüglich der Unfallgefahren hingestellt werden. Das ist ja begreiflich. Träger der Berufsgenossenschaften sind die Unternehmer. Infolgedessen sind die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften Angestellte der Unternehmer. Dadurch ist es für diese Aufsichtsbeamten auch außerordentlich schwer, ihre eigenen Unternehmer zu kritisieren, um so mehr, als das Unternehmertum der Parole huldigt: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Aus dieser Grundeinstellung ergibt sich auch die Verweigerung der vorbehaltlosen Überlassung der Berufsgenossenschaftsberichte an unsere Organisation. Man glaubt, durch derartige kleine Mittelchen jede von uns geübte Kritik abbiegen zu können. Das dürfte den Herrschaften der Papiermacherberufsgenossenschaft so lange nicht gelingen, als sie gezwungen sind, der Öffentlichkeit, wenn auch nur in beschränktem Ausmaße, Rechenschaft abzulegen. G. Stühler.

Waldhof.

Der Geschäftsbericht der Zellstoffabrik Waldhof über das Jahr 1929 ist der Öffentlichkeit übergeben. Die Verwaltung der Zellstoffabrik Waldhof führt zu dem Geschäftsbericht einleitend u. a. aus:

„Das Geschäftsjahr 1929 stand unter dem Einfluß der im letzten Geschäftsbericht zur Darstellung gebrachten, die deutsche Wirtschaft hemmenden Tendenzen, die sich noch verstärkt haben. Außerdem machte sich ein zunehmender internationaler Druck auf den Zellstoff- und Papiermarkt bemerkbar, dem wir jedoch durch weitgehende Maßnahmen der Produktionsverbilligung und -verbesserung zu begegnen vermochten. Unsere Werke haben sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Beziehung erneut erfreuliche Fortschritte gemacht, die es ihnen gestatteten, ihre volle Produktion abzusetzen. Der größte Teil unserer Zellstofferzeugnisse wurde nach dem Ausland geliefert."

Über die Ursachen des „zunehmenden internationalen Druckes auf den Zellstoff- und Papiermarkt" berichtet Waldhof weiter folgendes:

„Im neuen Jahr hat sich eine ziemlich unvermittelt auftretende erhebliche Depression auf dem heimischen und internationalen Markt gezeigt. Dieser verstärkte Druck ist nicht lediglich die Folge des internationalen Überangebots, sondern auch des die ganze Weltwirtschaft beeinflussenden Konjunkturrückgangs. Der Konsum kommt der gesteigerten Produktion zurzeit nicht nach. Während in den letzten Jahren steigender Verbrauch an Zellstoff und Papier festgestellt werden konnte, zeigt sich gegenwärtig eine gewisse Stagnation, von der wir erwarten, daß sie nicht allzulange andauern wird. Gerade jetzt zeigt sich prägnant, wie nachteilig sich die höheren Selbstkosten in Deutschland gegenüber dem billiger produzierenden Ausland auswirken. Die derzeitige Inkongruenz von Erzeugung und Verbrauch ist jedoch in der Geschichte der Zellstoffindustrie nichts Neues und Ungewöhnliches. Auch in früheren Perioden sind derartige Erscheinungen aufgetreten und durch Ansteigen des Verbrauchs immer wieder wettgemacht worden."

Der Waldhof-Bericht bestätigt a[illegible] die von uns wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die heutige Krise ihre Ursachen sowohl in einer übermäßigen Produktionssteigerung als auch in einer Absatzstockung hat. So oft wir aber darauf hinwiesen, daß diese Erscheinungen — als Auswüchse der internationalen Rationalisierungsmaßnahmen — durch Hebung der Konsumkraft, begünstigt durch steigende Löhne und Gehälter, beseitigt werden könnten, haben wir noch nie den Beifall der Zellstoffabrik Waldhof gefunden. Im Gegenteil klagt sie auch diesmal wieder über die angeblich höheren Selbstkosten in Deutschland, worunter Waldhof erfahrungsgemäß die „hohen Löhne" meint. Solange aber dieser Standpunkt nicht nur von Waldhof, sondern von der gesamten deutschen Industrie eingenommen wird, dürfte es kaum möglich sein, den Konsum zu steigern und dadurch die erhöhte Weltproduktion aufzunehmen.

Aus der Bilanz selbst bringen wir für das Jahr 1929 folgende bemerkenswerte Zahlen:

Aktienkapital	45 375 000,00 Mk.
Abschreibungen	3 566 026,23 Mk.
Reingewinn	5 017 364,92 Mk.
Dividende	4 329 000,00 Mk.
Überweisungen an die Unterstützungskasse	150 000,00 Mk.
Zinsen und Tilgung für Genußrechte	36 492,00 Mk.
Vortrag auf neue Rechnung	501 372,92 Mk.

Dividenden in Prozent auf:

Vorzugsaktien Lit. A.	7 Prozent
Vorzugsaktien Lit. B.	6 Prozent
Stammaktien	12 Prozent

Die vorgelegte Bilanz findet in der ernst zu nehmenden Handelspresse eine sehr scharfe Kritik, weil sie in allzu verschleierter Aufmachung wiedergegeben ist. Das „Berliner Tageblatt" Nr. 235 vom 20. Mai bemerkt dazu u. a. folgendes:

„Die Zellstoffabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof, die Anfang 1929 neue Aktien zu 200 Prozent zum Bezuge angeboten hat, bereitet ihren Aktionären bekanntlich eine Enttäuschung durch den Vorschlag, die vorjährige Dividendenerhöhung auf 13⅓ Prozent für 1929 rückgängig zu machen und auf den 12prozentigen Satz des Jahres 1927 zurückzukehren. Die Begründung für diese Minderung der Ausschüttung wäre leicht zu geben oder, soweit sie von der Verwaltung selbst gegeben wird, leicht anzuerkennen, wenn Abschluß und Bilanz die erforderliche Klarheit aufweisen würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr wendet die Gesellschaft wiederum das in den Vorjahren benutzte summarische Schema an, ohne sich an die Verpflichtung zu kehren, die sie im August v. J. anläßlich der Berliner Zulassung von 10 Millionen Reichsmark neuen Stammaktien gegenüber der Zulassungsstelle übernommen haben muß.

Seit längerem besteht die Übung, anläßlich der Genehmigung von Prospekten dem Unternehmen die Auflage zu machen, in den zukünftigen Jahresberichten die hauptsächlichsten Erläuterungen bzw. Spezifikationen einzelner Konten, wie sie im Prospekt enthalten sind, ebenfalls zu geben. Zellstoff-Waldhof hat das auch nicht an einer Stelle getan."

Und die „Frankfurter Zeitung" vom 20. Mai 1930 übt u. a. folgende Kritik:

„Die im Prospekt gegebene Gliederung fehlt im Bericht bei den Vorräten, ebenso wie bei den Debitoren und Kreditoren, während bei anderen Unternehmungen gerade auch dieses Zweiges (so Aschaffenburg) die Prospektgliederungen in den letzten Jahren in die Jahresberichte mit übernommen wurden. Man sieht infolgedessen bei Waldhof nicht den Stand des Bankkontos, das i. V. 6,04 Mill. Guthaben und 9,85 Mill. Schulden zeigte, aber durch die Kapitalerhöhung bis zum 31. März 1929 auf 23,28 Mill. Guthaben und 1,48 Mill. Schulden verbessert wurde, ein Stand, der sich natürlich nicht festhalten ließ. Die Guthaben dürften in der Mitte zwischen den letzten beiden Angaben liegen und die Schulden etwas größer sein als am 31. März. Man findet auch in der Ertragsrechnung nicht den im Prospekt für 1928 mit 223 000 Mk. angegebenen Gewinn aus Effekten und Beteiligungen und die Tantieme, die 1928 512 000 Mk. betrug."

Im Interesse der Arbeiterschaft können wir uns dieser Kritik nur anschließen. Auch wir fordern eine größere Spezialisierung der Bilanzen, wobei unser Wunsch allerdings auch dahin geht, daß nicht nur die Tantiemen an Aufsichtsratsmitglieder, sondern auch die Gehälter und sonstigen Bezüge der Vorstandsmitglieder und Direktoren mit veröffentlicht werden müßten. Geschieht dieses, dann sind wir überzeugt, daß viele Quellen, aus denen heute die ständigen Anwürfe über die hohen Löhne und Gehälter, über die sozialen Lasten usw. sprudeln, gründlich verstopft werden. G. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Nahrungsmittelindustrie.

II.

Im Bereiche der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft gelangten im Jahre 1929 = 22 202 (18 826) Unfälle zur Anmeldung. Davon wurden entschädigt 1251 (1208) Unfälle. 67 (51) Unfälle hatten den Tod zur Folge, 2 (2) dauernd völlige, 146 (146) dauernd teilweise und 1036 (1009) vorüber-

gehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Auf 1000 Versicherte entfallen 46,02 gemeldete, 2,38 entschädigte und 0,13 tödliche Unfälle. Vergleichen wir die Zahlen des Berichtsjahres mit den Zahlen des Vorjahres, die jeweils in Klammern eingefügt sind, so ist bei den gemeldeten Unfällen eine sehr starke Steigerung eingetreten. Wenn auch die Zahl der versicherten Betriebe und Beschäftigten gestiegen ist, so ist die Steigerung bei den Unfällen doch bedeutend höher. Ein Zeichen dafür, daß die weitere Maschinisierung in den Betrieben die Unfallgefahr immer mehr erhöht. Bei den entschädigten Unfällen ist gleichfalls eine bedeutende Steigerung zu verzeichnen. Die Unfälle mit tödlichem Ausgang stiegen gegenüber dem Vorjahre um 16. Das ist eine sehr hohe Steigerung, die davon zeugt, daß zum Schutze von Leben und Gesundheit der Beschäftigten noch sehr viel zu tun ist. Die Zahl der dauernd völlig und dauernd teilweise Erwerbsunfähigen ist gegenüber dem Vorjahre zum Glück nicht gestiegen. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die durch Unfall vorübergehend erwerbsunfähig wurden, von 1009 auf 1036 gesteigert.

Der Bericht führt aus, daß eine allgemeine Feststellung bei den Unfallursachen kaum durchführbar sei. Bei den meisten Vorkommnissen sei von Fall zu Fall zu entscheiden, da vielfach für den Augenblick des Unfalles ein Zusammentreffen verschiedener Zufallsmomente vorliege. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Wenn auch die Verletzungen selbst in vielen Fällen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer Handhabung des Geschädigten stehen und nicht eingetreten sein würden, wenn der Verletzte, so wie es während des ordnungsmäßigen Betriebes geschehen soll, gehandelt hätte, so beweisen demgegenüber die vielen gleichartigen Unfälle, die der NB. aus dem Reich gemeldet werden, durch ihre regelmäßige Wiederkehr, daß es nicht berechtigt ist, derartige unglückliche Ereignisse lediglich der persönlichen Unaufmerksamkeit des einzelnen zur Last legen. Man wird vielmehr in Berücksichtigung der menschlichen Unzulänglichkeit eine den Arbeiter stets bedrohende Gefahr annehmen müssen. Es sollte aber auch begreiflich sein, daß z. B. ein Maschinenarbeiter, der Tag für Tag dieselben Handgriffe Hunderte von Malen ausführt, vielleicht im Zustand körperlicher Abspannung oder Ermüdung eine Unachtsamkeit begeht, die ihn den Verlust einiger Gliedmaßen kosten kann. Die Ursache dieser Unfälle wird man gemeinhin nicht der subjektiven Nachlässigkeit oder dem Leichtsinn des Arbeiters, sondern der mit der Arbeit verbundenen Gefahr zuschreiben müssen."

Hier wird versucht, sich in die Situation eines Arbeiters hineinzuversetzen, der täglich von Betriebsgefahren umgeben ist. Man liest aber auch aus dem Zitat heraus, daß durch Umsicht und Vorsicht manches verhütet werden kann. Eine Aufstellung über die im Jahre 1929 erstmalig entschädigten Unfälle zeigt, bei welchen Arbeitsvorgängen die meisten Unfälle vorkommen. Wir bringen diese Aufstellung auszugsweise wieder, sie zeigt folgendes Bild:

Entschädigte Unfälle 1929.

Betriebseinrichtungen und -vorgänge, bei welchen sich die Unfälle ereigneten:	Folgen der Verletzungen: Tod a	Erwerbsunfähigkeit: dauernd völlig b	dauernd teilweise c	vorübergehend d	Insgesamt
Kraftanlagen	—	—	2	2	4
Kraftübertragungsanlagen	7	—	7	28	42
Arbeitsmasch. d. Nahrungsm.-I.	—	—	25	126	151
Sonstige Arbeitsmaschinen	—	—	11	60	71
Fördermaschin. u. -einrichtung.	3	—	3	27	33
Transport	18	1	18	189	226
Koch- und Druckapparate	2	—	—	4	6
Explosivstoffe	—	—	—	1	1
Schweiß- und Schneidanlagen	—	—	—	1	1
Feuergefährliche, heiße, ätzende Stoffe usw.	4	1	—	16	21
Zusammenbruch, Einsturz, Fall von Gegenständen	4	—	1	41	46
Durch Fall v. Leitern, Treppen, aus Luken usw.	10	—	30	302	342
Durch Tiere herbeigef. Unfälle	—	—	2	12	14
Handwerkszeug	1	—	8	26	35
Auf dem Wege von u. zur Arbeit	8	—	9	99	116
Verschiedenes	5	—	18	98	121
	62	2	134	1032	1230

Wie diese Zusammenstellung zeigt, ist die größte Unfallhäufigkeit bei dem Fall von Leitern, Treppen, aus Luken, in Vertiefungen usw. vorhanden. Auch bei den Unfällen, die den Tod zur Folge hatten, stehen diese Vorgänge an zweiter Stelle. Es handelt sich hier nicht um Spezialvorgänge der Nahrungsmittelbetriebe, sondern um Vorgänge, die in fast allen Betrieben vorhanden sind. Es handelt sich aber auch zumeist um Unfälle, die bei genügender Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften verhindert werden könnten. An zweiter Stelle stehen der Zahl nach die Unfälle beim Transport. Bei den Unfällen mit tödlichem Ausgang stehen sie an erster Stelle. Auch hier handelt es sich um keine Spezialerscheinung der Nahrungsmittelindustrie. Bei der nötigen Umsicht müßte auch hier manches Unglück verhütet werden können. An dritter Stelle kommen die Unfallzahlen an den Arbeitsmaschinen der Nahrungsmittelindustrie. Hierunter fallen nun auch die Unfälle an den Spezialmaschinen, wie z. B. Knetmaschinen, Ö[illegible]en u. dergl. Auch diese Unfallzahl ist sehr hoch. Zum Glück ist hier weder ein Unfall mit tödlichem Ausgang, noch mit dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit zu verzeichnen. Das war in den vorhergehenden Jahren anders. Hoffentlich hält diese Wandlung zum Besseren an! Auf alle Fälle zeigt die Zusammenstellung unseren Unfallvertrauensleuten die Arbeitsstellen, an denen Unfälle am häufigsten vorkommen und wo mehr als bisher mit Umsicht und Vorsicht gearbeitet werden muß.

Der Bericht nimmt dann zu den Arbeitsvorgängen Stellung, bei denen Unfälle am häufigsten vorkommen. Durch elektrischen Strom wurden 51 Unfälle herbeigeführt, von denen 10 tödlich verliefen. Es ist charakteristisch bei den Unfällen durch Elektrizität, daß hier der Prozentsatz der Todesfälle sehr hoch ist. Um so mehr Vorsicht und Umsicht muß an den Tag gelegt werden. Der Bericht sagt dazu:

„Ein Verschulden der Verletzten kommt für diese Unfälle nicht in Frage, und es muß zurückgewiesen werden, wenn eine Firma der Elektrizitätsbranche auf den von ihr versandten Prospekten ausführt, daß die überwiegende Zahl der Unfälle an elektrischen Leitungen auf unrichtiges Verhalten der Arbeitnehmer zurückzuführen sei. Solche allgemein gehaltenen Ausführungen sind irreführend und nicht dazu geeignet, unfallverhütend zu wirken. Die wesentlichen Ursachen der Unfälle an elektrischen Anlagen liegen in der zum Teil äußerst mangelhaften Installation."

Wir machen hier erneut die alte Erfahrung, daß herstellende Firmen Anlagen mangelhaft liefern und dann versuchen, die Schuld an Unglücksfällen von sich abzuwälzen und der Arbeiterschaft zuzuschieben. Es ist erfreulich, daß die Berufsgenossenschaft gegen dieses Bestreben Stellung nimmt. Meist liegt es bei den elektrischen Anlagen doch so, daß die mit der Hantierung derartiger Apparate betrauten Kollegen oft gar nicht einmal die Gefahr abschätzen können, die ihnen droht. Deshalb muß um so größerer Wert auf genügende Sicherung und Isolierung aller elektrischen Anlagen gelegt werden.

An Aufzugsanlagen ereigneten sich 150 Unfälle, davon 3 mit tödlichem Ausgang. An Kältemaschinen ereigneten sich 29 Unfälle, davon bei 2 Verunglückten (infolge Einatmens von Ammoniakgasen) mit tödlichem Ausgang. Der Berichterstatter sagt, daß beide Unfälle auf Konstruktionsmängel in der Anlage zurückzuführen seien. Diese Unfälle zeigen, welcher Gefahr diejenigen ausgesetzt sind, die Kältemaschinen zu bedienen haben. Wie Explosionen bei Ammoniakkompressoren entstehen können, zeigt der Bericht durch folgendes Beispiel:

„Durch Explosion eines Ammoniakkompressors, die auf Verwechslung einer Ammoniakflasche mit einer solchen mit Sauerstoff zurückzuführen ist, wurde in einer Margarinefabrik ein Maschinist getötet und erheblicher Sachschaden angerichtet. Die versehentliche Benutzung von Sauerstoffflaschen setzt nicht nur Ammoniak-, Schwefelsäure- und Kohlensäurekompressorenanlagen, sondern auch andere Einrichtungen, wie Sicherheitsanlagen für Benzinlagerungen usw., ferner Dieselmotorgetriebe der Gefahr der Zerstörung aus!"

Die Landtagswahlen in Sachsen

stehen bevor. Seit die Sozialisten nicht mehr in der sächsischen Regierung vertreten sind, hat auch dort die Sozialreaktion eingesetzt. Der Einfluß der Industriellen machte sich bei allen Regierungshandlungen zum Schaden der Arbeiterschaft bemerkbar. Lohndruck, Sozialreaktion waren wie im Reich, so auch in Sachsen die Parolen, denen die Regierung unter dem Drucke der Industriellen nachgeben mußte. Und als es nicht mehr weiterging, als die Forderungen der sächsischen Sozialdemokratie und der sächsischen freien Gewerkschaften immer dringender wurden, da löste man lieber den Landtag auf, als die gerechten Ansprüche der Arbeiterschaft zu befriedigen. Will die Arbeiterschaft in Sachsen eine Regierung und einen Landtag, die den Nöten des Volkes Verständnis entgegenbringen und sich mit ganzer Kraft für Linderung der Not einsetzen, so darf am 22. Juni kein Gewerkschafter in Sachsen einen bürgerlichen, kommunistischen oder nationalsozialistischen Abgeordneten wählen. Alle Stimmen der sächsischen Gewerkschafter gehören der Sozialdemokratischen Partei!

Dieses Beispiel zeigt die Gefährlichkeit derartiger Anlagen. Es zeigt ferner, mit welcher Vorsicht man beim Füllen von Ammoniakkompressoren zu Werke gehen muß. Die Leiterunfälle beschäftigten den technischen Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaft fortgesetzt. Annähernd 300 Unfälle, von denen zwei tödlich verliefen, ereigneten sich bei der Verwendung von Leitern. Nach dem Bericht sind diese Unfälle zum größten Teile auf die Benutzung mangelhaft gesicherter Leitern zurückzuführen. Es wäre also ein erheblicher Teil dieser Unfälle vermieden worden, wenn die Leitern genügend gesichert gewesen wären. Über den Leiterschutz hat der technische Aufsichtsdienst der NB. ein Merkblatt mit zahlreichen Abbildungen ausgearbeitet, das allen Unternehmern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Es ist nur zu wünschen, daß die Anweisungen dieses Merkblattes auch immer befolgt werden.

An Transmissionsanlagen ereigneten sich 106 Unfälle. Diese hätten nach dem Bericht bei vorschriftsmäßiger Beschaffenheit der Anlagen größtenteils vermieden werden können. Der Berichterstatter konstatiert, daß noch zahlreiche Maschinen ohne Leerscheibe und ohne Ausrückvorrichtung aufgestellt werden. Er verweist dringend auf die Vorschrift, wonach beim Bezuge neuer Maschinen vorzuschreiben ist, daß diese mit den von der Berufsgenossenschaft verlangten Schutzvorrichtungen geliefert werden. An Knet- und Mengmaschinen kamen im Berichtsjahre 205 Unfälle vor. In drei Fällen war dabei der Verlust einer Hand oder eines Armes zu verzeichnen. In diesen Fällen handelte es sich um Maschinen, die von Händlern alt gekauft und äußerst mangelhaft gesichert waren. Hierzu führt der Berichterstatter in einem Falle folgendes aus:

„Trotzdem in dem einen in Frage stehenden Betriebe bereits die vorhandenen Knetmaschinen wegen unvorschriftsmäßiger Beschaffenheit beanstandet worden waren, der Betriebsunternehmer u. a. m. auch wegen Verstoßes gegen § 122 (Knetmaschinenschutz) bestraft worden war, beschaffte er sich bei einem Händler eine alte Maschine (System Seemann), die dann den einen schweren Unfall verursachte. Der Betriebsunternehmer ist vom Genossenschaftsvorstand mit 2000 Mark Geldstrafe belegt worden, und er wird für die Unfallfolgen haftpflichtig gemacht."

Es ist unglaublich, in welch leichtsinniger Art manche Unternehmer mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter spielen. Wenn in diesem Falle der Unternehmer außer der Geldstrafe von 2000 Mark auch noch für den Unfall haftpflichtig gemacht wird, so verdient dies als Strafmaßnahme Anerkennung. Die gesunden Glieder des Verletzten können aber dadurch nicht wieder ersetzt werden. Der Berichterstatter warnt dringend vor dem Kauf alter, gebrauchter Knetmaschinen, die meist nicht genügend geschützt sind. Es heißt ausdrücklich, daß die meisten der Unfälle an Knetmaschinen mit horizontaler Knetwelle zu verhüten gewesen wären, wenn die Maschinen vorschriftsmäßig geschützt und die Schutzvorrichtungen in ordnungsmäßigem Zustande gewesen wären.

Besonders gefährlich sind auch die Schnecken der Wirk- und Auspreßmaschinen. Auch hier wird bemängelt, daß die meisten Maschinen ohne Sicherung der Auspreßschnecke in den Verkehr gebracht werden. Im ganzen ereigneten sich an diesen Maschinen im Berichtsjahre 100 Unfälle. Auch die Walzen aller Art erfordern die größte Aufmerksamkeit und Vorsicht. Wiederholt wird im Bericht darauf verwiesen, daß noch im März 1930 von einer größeren Maschinenfabrik neu konstruierte Walzengänge ohne jeden Walzenschutz geliefert worden seien. Mit dieser Firma ist bereits 14mal schriftlich und wiederholt mündlich wegen Verbesserung der Schutzeinrichtung verhandelt worden. Leider ohne großen Erfolg. Über die Stückformmaschinen der Margarineindustrie sagt der Bericht folgendes:

„Längerer Bemühungen hat es bedurft, um eine Abänderung bzw. Sicherung der für die Margarineindustrie Verwendung findenden Stückenformmaschinen zu erzielen. 8 Unfälle trugen sich im Berichtsjahre an diesen Maschinen zu. Die in Frage kommende Maschinenbaufirma stellt jetzt nach Absprache mit der Berufsgenossenschaft ihre Maschine so her, daß die Auspreßschnecke erst die zweite Hälfte des Auspreßtrichters voll ausfüllt, der Trichter also bis zu dieser Stelle so weit gehalten ist, daß Hand- oder Fingerverletzungen durch die Schnecke kaum eintreten können."

Es ist nur zu wünschen, daß diese im Einvernehmen mit der Berufsgenossenschaft getroffene Maßnahme dazu beiträgt, daß die Unfälle hier herabgemindert werden.

An Dampfkochkesseln aller Art ereigneten sich im letzten Jahre 96 Unfälle. Die Zahl dieser Unfälle zeigt die Gefährlichkeit der Apparaturen. Diese Unfälle hier einzeln aufzuführen, würde zu weit gehen. Wir können unseren Unfallvertrauensleuten auch hier nur nochmals empfehlen, den Bericht aufmerksam zu studieren und daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Fassen wir die Besprechung über diesen Bericht kurz zusammen, dann ergibt sich, daß trotz aller Bemühungen des technischen Aufsichtsdienstes die Unfälle nicht zurückgehen, sondern von Jahr zu Jahr steigen. Die Ursache hierfür muß in erster Linie in der fortschreitenden Maschinisierung der Betriebe gesucht werden. Jede neue Maschine bringt neue Arbeitsgefahren mit sich, zumal dann, wenn sie nicht genügend geschützt ist. Die Arbeiterschaft muß sich diesen neuen Maschinen, die oft Gefahren mit sich bringen, die der der dabei Beschäftigte noch nicht kennt, erst anpassen. Um so mehr aber muß darauf gedrängt werden, daß die Maschinen genügend geschützt und die Unfallverhütungsvorschriften genau beachtet werden.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Die Tätigkeit des Fachausschusses der sächsischen Kunstblumenindustrie.

II.

Im Schlußsatz des Abschnittes I der Abhandlung haben wir in Aussicht gestellt, eine Behandlung der Beschlüsse des Fachausschusses im Jahre 1929 vorzunehmen. Diesem Versprechen soll hiermit nachgekommen werden.

In seiner Sitzung vom 14. Januar in Seyda nahm der Fachausschuß nach Vorausgehen einer Probearbeit durch Heimarbeiterinnen eine tarifliche Neuregelung über die Herstellung von Capblumen in der Heimarbeit vor. Es wurde beschlossen, daß für die Wachscapblumen nunmehr eine um 25 Prozent höhere Leistung zu berechnen sei. Der Beschluß wurde unter Zugrundelegung der Resultate aus der erwähnten „Probearbeit" gefaßt. Wir kommen im Abschnitt III noch einmal auf diese Angelegenheit zu sprechen, da der Fachausschuß sich noch einmal mit ihr zu befassen hatte.

Die Sitzung vom 19. Februar in Pirna behandelte eine Eingabe unserer Organisation an das Landesarbeitsamt Sachsen betr. ausländische Arbeiter(innen) in der Kunstblumenindustrie. Der Fachausschuß sollte sich gutachtlich darüber äußern. Unser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Genehmigungsanträge von Unternehmern nach § 11 der Verordnung über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter(innen) vom 2. Januar 1923, abgeändert durch die Verordnung vom 16. März 1925 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1926, abgeändert durch Verordnung über ihre Weitergeltung vom 20. September 1927, dürfen erst dann durch die in Frage kommenden Instanzen, § 12, 13, 14 derselben Verordnung, genehmigt werden, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften durch den einheimischen Arbeitsmarkt nicht mehr gedeckt werden kann und wenn sich der antragstellende Unternehmer bereit erklärt hat, den jeweils geltenden Tariflohn zu bezahlen.

Für ausländische Heimarbeiter(innen) darf die Genehmigung zur Beschäftigung nicht ausgesprochen werden, und zwar auch dann nicht, wenn die in Frage kommenden ausländischen Heimarbeiter(innen) in den Wohnungen von Verwandten aus deutschem Gebiet Heimarbeit ausführen."

Unser Antrag an das Landesarbeitsgericht stützte sich auf den Umstand, daß im sächsischen Grenzgebiet, insbesondere in der Blumenindustrie, mehrere hundert ausländische Arbeiter(innen) beschäftigt wurden, während die einheimischen Arbeiter und Heimarbeiterinnen erwerbslos waren. Dazu kam, daß festgestellt wurde, daß die ausländischen Arbeiter(innen) mit ganz geringer Ausnahme in der Regel als Lohndrücker auftraten. Der Fachausschuß hat in seiner Sitzung vom 19. Februar die Beschlußfassung über das Gutachten vorerst vertagt und am 11. März in der Sitzung in Sebnitz den Beschluß gefaßt, die Angelegenheit zurzeit auf sich beruhen zu lassen, weil inzwischen durch die sich steigernde Erwerbslosigkeit die Situation geändert war.

In der Sitzung am 19. Februar in Pirna war weiter als Tagesordnungspunkt zu erledigen: Einleitung eines Bußverfahrens gegen die Firma Gebrüder Harenburg in Neustadt, desgleichen gegen die Firma Joseph Fischer (Neustadt) und gegen die Firma Haase (Langburkersdorf). Der Firma Harenburg wurde durch Beschluß aufgegeben, die Differenzbeträge innerhalb 14 Tagen nachzuzahlen. Die Aufgabe erfolgte unter Androhung einer Buße bis zur 5fachen Höhe des zu zahlenden Betrages. Das Bußverfahren gegen die Firma Joseph Fischer wurde in der Form verglichen, daß sich die Firma bereit erklärte, für den strittigen Artikel bis

zu 4,42 Mk. pro Gros nachzuzahlen. Zur Nachzahlung ist der Firma eine Frist von 14 Tagen gelassen unter Androhung einer Geldbuße in 5facher Höhe des nachzuzahlenden Betrages. Nach Angabe der Firma kamen 50 Gros Gicker bei der Nachzahlung in Frage. Bei dem Bußerverfahren gegen die Firma Haase (Langburkersdorf) wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„Der Firma wird aufgegeben, dem unterzeichneten Fachausschuß ein Verzeichnis der Heimarbeiterinnen, die durch die Ausgeberin R. F., Dipoldiswalde, Arbeit erhalten, einzusenden. Der Fachausschuß wird aus diesem Verzeichnis eine Anzahl Heimarbeiterinnen sowie die Frau R. F. selbst zur nächsten Sitzung laden, um festzustellen, wie die hier in Streit stehenden Georginen herzustellen waren."

Die Angelegenheit wurde später beigelegt. Als weiteren Tagesordnungspunkt behandelte der Fachausschuß einen Antrag der Firma Neumann in Ebersbach, wonach „Chrysanthemen, Schneebälle und Nelken" im Tarif neu geregelt werden sollen. Der Antrag über die Neuregelung der Chrysanthemen wurde während der Sitzung von der Firma zurückgenommen. Zur Klärung der Streitfrage betr. Schneebälle und Nelken wurde der Firma aufgegeben, eine Liste derjenigen Heimarbeiterinnen, die diese Blumen arbeiten, an den Fachausschuß einzureichen. Die Heimarbeiterinnen sollen über die Arbeitsgänge und Entlohnung in einer späteren Sitzung gehört werden. Ein Beschluß über den Antrag wurde in der Sitzung am 11. März in Sebnitz gefaßt.

In der Sitzung am 11. März wurde neben den schon oben erwähnten Beschlüssen über ausländische Heimarbeiter(innen) und dem Antrag Neumann (Ebersbach) ein Beschluß über ein Gutachten betr. Veredelungsverkehr von Wachscapblumen gefaßt. Es lag ein Antrag einer erzgebirgischen Firma an den Präsidenten des Landesfinanzamtes zur Begutachtung vor. Die Firma wollte durch tschechoslowakische Heimarbeiter(innen) innerhalb eines Jahres 15 bis 20 Millionen Stück künstliche Blumen im Auftrage und für Rechnung der Antragstellerin herstellen. Die Blumen, so wurde von der Firma ausgeführt, verblieben nach ihrer Wiedereinfuhr zu etwa 25 v. H. im Inlande, im übrigen würden sie in das Ausland versandt, und zwar nach der Schweiz, nach Skandinavien, Holland, Großbritannien, nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Argentinien und Australien. Die Empfangnahme der Arbeit und die Ablieferung derselben sollte durch eine Warenausgabestelle, die in einem benachbarten tschechoslowakischen Grenzorte errichtet werden sollte, vor sich gehen.

Der Fachausschuß gab an den Präsidenten des Landesfinanzamtes durch Beschluß nachstehendes Gutachten ab:

„Der Fachausschuß kann weder einen ständigen Veredelungsverkehr noch einen nichtständigen Veredelungsverkehr etwa auf die Dauer eines Jahres für die in Frage kommenden Capblumen befürworten. Nach seiner Meinung sprechen dagegen alle Gründe, die im Schreiben des Verbandes der Blumen- und Blätterfabrikanten in Sebnitz an das Landesfinanzamt vom 1. März 1929 niedergelegt sind. Dieses Schreiben ist vor dem Fachausschuß verlesen worden, er hat die Ausführungen dieses Schreibens zu seinen eigenen gemacht."

Zu dem Beschluß des Fachausschusses ist zu sagen, daß der Standpunkt zum Veredelungsverkehr, insbesondere betr. der Kunstblumenindustrie, auch in Zukunft beibehalten werden möge; denn der Veredelungsverkehr könnte im vorliegenden Fall, wenn er geglückt wäre und in etwa nachfolgenden Versuchen Erfolg hätte, keine andere Wirkung als Lohndruck in der Heimindustrie haben.

In seiner Sitzung vom 14. Mai in Dresden befaßte sich der Fachausschuß mit einem Antrag des Vereinigten Arbeitgeberverbandes der Blumenindustrie Sebnitz wegen Erhöhung der Zahl der Arbeitgebervertreter im Fachausschuß. Der Antrag wurde abgelehnt. Ferner mit dem Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wegen Errichtung eines Gesamtfachausschusses für die Kunstblumenindustrie. Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt. Ein Antrag der Firma Jehmlich-Olbernhau wegen Montage von Christbäumchen usw. fand Annahme. Ebenfalls ein Antrag des Arbeitgeberverbandes der Blumenindustrie Sebnitz betr. Sämmchenbürstel. Die Beschlüsse sind in den Heimarbeiterlohntarif hineingearbeitet.

Die Sitzung des Fachausschusses vom 13. Juni in Sebnitz befaßte sich mit 7 Tagesordnungspunkten, und zwar lag wieder der Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands vor wegen Errichtung eines Gesamtfachausschusses für die Kunstblumenindustrie. Zu diesem Antrage wurde beschlossen, einen Antrag beim Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zu stellen, dasselbe solle mit dem Preußischen Handelsministerium in Verbindung treten und dort eine Vereinbarung anstreben, wonach der Geltungsbereich des Fachausschusses für die sächsische Kunstblumenindustrie auf die preußischen Regierungsbezirke Liegnitz und Frankfurt a. d. Oder ausgedehnt werden soll. Als zweiter Punkt wurde ein Bußeverfahren gegen die Firma Gebr. Harenburg (Neustadt) verhandelt. Das Verfahren wurde eingestellt. Im 3. Tagesordnungspunkt hatte sich der Fachausschuß mit einem Antrag der Firma Engelmann & Co. (Freital) auf Festsetzung der Leistung für Begießen des Anfängers und Nachbrechen der bereits mit der Maschine vorgerichteten Blätter zu befassen. Es wurde beschlossen, daß 266 Stück Anfänger bei der Georgine in der Stunde begießt werden müssen. Das Nachbrechen bei den mit der Maschine vorgerichteten Blättern wurde auf 2200 Stück in der Stunde festgesetzt.

Weiter befaßte sich der Fachausschuß mit einer Anzeige des Gewerbeaufsichtsamtes Bautzen wegen Nichterfüllung des Tarifvertrages durch die Firma Hugo Werner, Sebnitz. Es wurde beschlossen: Das Gewerbeaufsichtsamt Bautzen wird beauftragt, festzustellen, welche Quantitäten und welche Blumen in den Ausgabestellen der Firma Werner an die Heimarbeiterinnen in Burkau ausgegeben wurden. Gleichzeitig wurde ein Fachausschußmitglied beauftragt, die Heimarbeiterlöhne bei der Firma Werner in Sebnitz nachzuprüfen.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurde eine anonyme Anzeige gegen die Firma Paul Nitsche (Herrigswalde) behandelt. Der Fachausschuß beauftragte 2 Gewerbeaufsichtsbeamtinnen, weitere Erörterungen in dieser Angelegenheit anzustellen. Im folgenden Tagesordnungspunkt befaßte sich der Fachausschuß mit der Einleitung eines Bußeverfahrens gegen die Firma Max Hartenstein (Sebnitz). Er stellte fest, daß die Firma für den Artikel Primel 20 Pf. pro Gros zuwenig zahlt. Vor Beschlußfassung sollen noch weitere Erörterungen angestellt werden. Im letzten Tagesordnungspunkt wurde der Heimarbeiterlohntarif, welcher durch eine Kommission zusammengestellt worden ist, bestätigt und sein Inkrafttreten auf den 1. August 1929 festgesetzt.

Im nächsten Abschnitt werden wir mit der Wiedergabe der Tätigkeit des Fachausschusses im Jahre 1929 fortfahren.

H. Elflein.

Der erweiterte Geltungsbereich des Fachausschusses für die Kunstblumenindustrie.

Im vergangenen Jahre wurden in den preußischen Regierungsbezirken Frankfurt a. d. Oder und Liegnitz Heimarbeiter festgestellt, die von Unternehmern der sächsischen Kunstblumenindustrie beschäftigt wurden. Die Beschäftigung erfolgte zum Zwecke der Tarifumgehung. Die Bezahlung war bis zu 25 Prozent niedriger als der Heimarbeiterlohntarif für die sächsische Kunstblumenindustrie vorsah.

Die an dem Heimarbeiterlohntarif beteiligten wirtschaftlichen Verbände und der Fachausschuß für die sächsische Kunstblumenindustrie haben sich auf Grund der Feststellung an das Preußische Handels- und an das Reichswirtschaftsministerium gewandt mit dem Antrag, daß die preußischen Regierungsbezirke Frankfurt a. d. Oder und Liegnitz in den Geltungsbereich des Fachausschusses für die sächsische Kunstblumenindustrie einverleibt werden sollen. Diesem Antrag ist unterm 13. Mai entsprochen worden. Der Reichsarbeitsminister hat folgende Verordnung erlassen:

Die Gegensätze werden immer schärfer.

Je länger die kapitalistische Wirtschaft besteht, desto schärfer wird in ihr die Trennung der Bevölkerung in Besitzende und Besitzlose. Und immer mehr wird die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Wirtschaft zur unabweislichen Notwendigkeit. Aber noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Vorrechte und Besitztitel verzichtet. Auch jetzt wird sie der Arbeiterschaft nur dann Mitbestimmungsrecht und die Führung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zubilligen, wenn die Macht der Arbeiterklasse die Besitzenden dazu zwingt. Die Macht der Arbeiterklasse verkörpert sich in ihren Organisationen. Allein durch diese kann die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Arbeiterschaft beendet werden.

Stärke deine Organisation!

Verordnung über die Ausdehnung des Bezirkes des Fachausschusses für die Kunstblumenindustrie, Sitz Dresden. Vom 13. Mai 1930.

(Reichsgesetzblatt I S. 168.)

Auf Grund des § 19 Abs. 1 des Hausarbeitgesetzes vom 27. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 472 und 730) wird hiermit nach Zustimmung des Reichsrats verordnet:

„Die Zuständigkeit des Fachausschusses für die Kunstblumenindustrie, Sitz Dresden, wird über das Gebiet des Freistaats Sachsen hinaus auf den preußischen Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder und den Kreis Hoyerswerda im Regierungsbezirke Liegnitz ausgedehnt."

Berlin, den 13. Mai 1930.

Der Reichsarbeitsminister.
J. V.: Dr. Geib.

Mit dieser Verordnung ist den Tarifgegnern ihr unschönes Werk des Tarifbruchs gelegt. Die Heimarbeiter aus den beiden in Frage kommenden preußischen Regierungsbezirken können nunmehr zu wenig erhaltenen Lohn einklagen, und die Arbeitgeber können mit Bußen belegt werden.

H. Elflein.

Internationale Arbeiterbewegung.

Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Berlin?

Nachdem der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, die Entscheidung der Frage des Sitzes des IGB. nicht zu beeinflussen, sondern sie ganz dem im Juli in Stockholm tagenden Internationalen Gewerkschaftskongreß zu überlassen, werden Meinungsäußerungen der angeschlossenen Landeszentralen von besonderer Wichtigkeit. Auf der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Nationalrates des Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT.) hat sich bereits Jouhaux mit dem Problem befaßt und zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich der — von Großbritannien und Schweden beantragten — Verlegung des Sitzes „nicht günstig gegenübersteht". „Dabei," so führte Jouhaux weiter aus, „spielt selbstverständlich kein politischer Grund und noch weniger irgendwelche Feindschaft eine Rolle, sondern nur der berechtigte Wunsch, daß keine Verwirrung zwischen der Tätigkeit des IGB. und jener des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eintreten soll. Endlich kommen moralische Erwägungen in Frage. Amsterdam ist nicht nur der Name einer Stadt. Die Ereignisse der bewegten Zeiten nach dem Kriege haben diesen Namen zu einem Symbol des siegreichen Widerstandes gegen die zersetzende Demagogie Moskaus gemacht. Er ist auch das Symbol der vom IGB. auf dem Gebiete der Organisierung des Friedens geführten positiven Aktion. Soll darauf verzichtet werden? Die CGT. würde dies nicht frohen Herzens tun. Ihre Vertreter werden bemüht sein, ihre Absichten in Stockholm zu verteidigen. Wird jedoch der Beschluß gefaßt, den Sitz nach Berlin zu verlegen, so wird die französische Landeszentrale die für jede gemeinsame Aktion unbedingt nötige Disziplin nicht außer acht lassen. Ihre Delegierten müssen in Stockholm nach bestem Gewissen handeln."

Auch auf der letzten Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde die Frage der Verlegung des Sitzes des IGB. besprochen, wobei mehrfach betont wurde, „daß eine Verlegung des Sitzes von Amsterdam nach Berlin dem Gedeihen und der Aktivität des IGB. sehr zuträglich wäre".

In Belgien, das die Aufrechterhaltung des Sitzes in Amsterdam beantragt hat, spricht sich ein Artikel des offiziellen Organs der Landeszentrale („Le Mouvement Syndical Belge", Nr. 5) zur Frage aus. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Pariser Kongreß des IGB. die Verlegung des Sitzes beschlossen hat. In diesem Zusammenhang heißt es dann weiter:

„Damals war die belgische Gewerkschaftsbewegung der Ansicht, daß die Verlegung des Sitzes eine Notwendigkeit sei. Nicht aus prinzipiellen Gründen! Denn Amsterdam schneidet in gewerkschaftlicher Hinsicht nicht schlecht ab. Hingegen waren Zweckmäßigkeitsgründe m[illegible]end; insbesondere sollten die Unterhaltskosten für das Sekretariat herabgesetzt werden. Aus diesem Grunde gab auch die belgische Landeszentrale der Ansicht Ausdruck, daß sich die Verlegung des Sitzes nur bei der Übertragung in ein Land mit gedrückter Valuta rechtfertigen lasse. Im gegenwärtigen Augenblick macht sich eine starke Strömung zugunsten der Verlegung nach Deutschland geltend. Es scheint, daß einige Länder diesem Gedanken zugetan sind, die in der Verlegung des Sitzes in ein großes Land die Möglichkeit sehen, der Gewerkschaftsinternationale mehr Bedeutung zu geben. Andere Länder scheuen einen solchen Beschluß, weil er nach ihrer Ansicht den Nachteil mit sich brächte, daß zwischen dem IGB. und der deutschen Landeszentrale eine bedauerliche Verwirrung entstehen könnte."

Nachdem das Blatt auf die diesbezüglichen Ausführungen von Jouhaux aufmerksam gemacht hat, sagt es zum Schluß:

„Zu den Ländern, die gegen die Verlegung des Sitzes nach Deutschland sind, gehört, wenn wir gut unterrichtet sind, auch Österreich. Welches soll die Haltung der belgischen Delegierten des Stockholmer Kongresses sein? Wir verhehlen nicht, daß wir einfach für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes sind. Wir stehen auf dem Standpunkt von Jouhaux und der CGT. — Was man auch sagen mag: Amsterdam ist ein Symbol geworden. Auch scheint es uns schwierig, wenn nicht unmöglich, dem IGB. unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch die Verlegung seines Sitzes in ein anderes Land einen besseren Ruf zu geben, als jenen, den er seit seiner Wiederaufrichtung nach dem Kriege in Belgien erworben hat."

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Das beste Unternehmen der Fahrradindustrie.

Von allen Industrien geht es der Fahrradindustrie wohl am schlechtesten. Die Krise in diesem Industriezweig hat derartig um sich gegriffen, daß mehrere Fabriken stillegen mußten. Die Umorganisation in der Brandenburger Fahrradindustrie ist dafür der beste Beweis. Um so erfreulicher ist es, daß das Lindcar-Fahrradwerk AG. (Berlin) mit einem günstigen Ergebnis aufwarten kann. In dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht heißt es u. a.: „Die Absatzkrise, die in der Fahrradindustrie seit längerer Zeit herrscht, hat sich im Berichtsjahr noch verstärkt und führte zu einer allgemeinen Produktionseinschränkung, zum Teil sogar zur vollständigen Stillegung namhafter Betriebe. Unser Unternehmen ist dank der verständnisvollen Mitarbeit der Gewerkschaften von dieser Krise nicht berührt worden. Wir konnten sogar erfreulicherweise unseren Umsatz wiederum beträchtlich, und zwar auf etwa 44 000 Räder erhöhen. An dieser Umsatzsteigerung haben unsere Fabrikniederlagen und Auslieferungsläger gleichen Anteil."

Das ist eine Entwicklung, die erfreulich ist. Die Absatzorganisation, die die Gewerkschaftseinrichtungen darstellen, hat sich sehr gut ausgewirkt. In dem Geschäftsbericht heißt es weiter, daß die Fabrikanlagen eine weitere Ausgestaltung erfuhren. Eine weitgehende Vereinfachung des Herstellungsprozesses konnte dadurch erreicht werden. Natürlich geht die außerordentlich scharfe Wirtschaftskrise auch an dem Absatz des Lindcar-Fahrradwerkes nicht spurlos vorüber. Bessert sich der Arbeitsmarkt nicht und wird die Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenschichten weiter durch die Krise so eingeschränkt, dann wird in diesem Jahre die Umsatzsteigerung wie in den Vorjahren nicht so in Erscheinung treten. Es wird Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder sein, durch verstärkte Werbung für ihr Werk die Einschränkungen durch die Wirtschaftslage aufzuheben. Das Aktienkapital, welches im Besitze der Arbeiterbank und der Gewerkschaften ist, erfährt eine Verzinsung von 10 Prozent. Dem Reservefonds wurden 50 000 Mk. überwiesen. Außerdem wurden reichliche Abschreibungen vorgenommen. Das fernere Schicksal dieses technisch gut durchgebildeten Werkes hängt zum nicht geringen Teil von der Werbetätigkeit ab. Von der Werksleitung wird hierin das Möglichste geleistet.

Rundschau.

Arbeitshygienischer Vortragskursus.

Anläßlich der Internationalen Hygiene-Ausstellung veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in Gemeinschaft mit der Hygiene-Akademie in Dresden in der Zeit vom 23. bis 26. Juni d. J. einen arbeitshygienischen Vortragskursus. Im Rahmen des Kursusprogramms werden grundsätzliche Fragen der Wissenschaft und Praxis der Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie behandelt, insbesondere die Probleme der Arbeit und Ernährung, Aufgaben und Methoden der Arbeitsrationalisierung, Ermüdung und Erholung, Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsraum und Rationalisierung in ihrer Bedeutung für den Arbeitsschutz, Arbeit und Sport, Berufskunde und Berufsberatung und sonstige wichtige Fragen, die für die gesundheitsgemäße Gestaltung des Arbeitsprozesses von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung sind. Außerdem findet eine Besichtigung der Internationalen Hygiene-Ausstellung und insbesondere der Gruppe „Arbeits- und Gewerbehygiene" statt.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Gedanken über die Freiheit.

Freiheit! Wo bist du und woher kommst du? Millionen Geschöpfe nennen dich und kennen dich nicht. Viele verkünden dich und versündigen sich. Sie mißbrauchen dich. Wer ist frei und was heißt frei? Ist es wahr, was Persius spricht: „Du sagst: Strick entzwei und ich bin frei!? Ach ja, so sprach der Hofhund auch und schleppte am Halse seine Kette mit.“ Ist Freiheit eine äußerliche Sache? Was ist die Macht, die selbst der Gewalt des Mammons widersteht? Es ist der innere Mensch. Das freie Selbstbesinnen.

*

Es ist der ewige Naturgesang, der seit Weltbestehen und bis zum Weltvergehen alles Leben bewegt. Wo Leben ist, ist Freiheitsdrang. Am stärksten unter kettenbeladener Hülle. Kein Sturm vermag ihn zu ersticken. Man versucht ihn am Wachsen zu behindern. Doch immer lebt er, immerzu.

*

Freiheitsdrang ist Schlagwort geworden. Jeder, der einmal „Tell“ gelesen, glaubt es zu verstehen. Freiheitsdrang wurde nicht im Toben blutiger Schlachten geboren. Er duldet keine heimtückische Machtgier. Er ist auch nicht der Sprungbock aufstrebender Herrschaftssucht. Er ist Bekenntnis. Lebenssinn. Wo ist der Heuchler, der da draußen nach Freiheit „dürstet“ und daheim die Seinen knechtet! Wo der Verleumder, der die Großen, Unentwegten des „Verrats an der Freiheit“ bezichtigt, die er selbst nicht kennt!

*

Freiheit ist Erkenntnis. So sagt Goethe: Freiheit ist das Vermögen, unter allen Umständen das Vernünftige zu tun! „Frei nennst du dich“, sagt Zarathustra, „deinen herrschenden Gedanken will ich hören und nicht, daß du einem Joche entronnen bist!“ Hier liegt der Kernbegriff unseres Wollens.

*

Vernunft heißt: sehend durch die Welt zu gehen. Heißt: mitwirken am großen Bau. Sich einfügen in das große Werden. Nicht abseits stehen. Nicht zerstören, was andere mühsam errungen. Dies erkennen ist Vernunft. Dies befolgen macht frei.

*

Mehr noch als unter äußerem Zwang leidet die Menschheit unter seelischem. Freiheit ist tiefinnerstes Erleben, aber wird nur dann erst richtig empfunden, wenn auch die Umwelt frei ist. Nicht der einzelne. Die Gemeinschaft! Nur durch das brutale Besitzergreifen aller Kulturwerte konnte eine kapitalistische Gesellschaft groß werden. Nur durch das sorgsamste Fernhalten dieser Kulturwerte vom „Tische der Besitzlosen“ legte sich dies eisige Band um die Herzen dieser Menschen und machte sie unfähig, den Mut zur Auflehnung zu haben. Langsam schmilzt das Eis.

*

Und gleich kommen von allen Seiten Verfechter unserer Interessen. Halten wir uns fern von denen, die uns Freiheit in einem unmöglichen Irgendwo versprechen. Weisen wir auch denen die Tür, denen wir willenlose Werkzeuge sein sollen. Den Tapferen liegt der Freiheitsdrang nicht auf der Zunge. Tief drinnen im Herzen ist er und stirbt nicht, wenn auch das Herz nicht mehr schlägt. Wo sind sie, die Aufrechten, für die das Wort gilt: Frei, wozu?!

*

Auch Diener sind Freie, wenn der Dienst für die Allgemeinheit geschieht! Wir wollen die neue Menschheit: die Gemeinschaft. Nicht mehr schrankenloser, unvernünftiger Eigenwille des einzelnen, sondern „der Mensch, der von der Vernunft geleitet wird, ist freier in einem Staate, wo er nach gemeinschaftlichem Beschlusse lebt, als in der Einsamkeit, wo er sich allein gehorcht“, sagt Spinoza. Lehrten unsere alten unsterblichen Verkünder vom Aufstieg des Proletariats etwas anderes?

*

Frei sein heißt, den Mut und die Vernunft zu besitzen, das Wahre zu sagen und zu tun. Kein Barrikadenkampf vermag besser die Fesseln einer kapitalistischen Gesellschaft zu sprengen, als die in Millionen Herzen verankerte Frage: Frei, wozu?! Und wir, wollen wir Träger dieser Frage werden? —

Peter Loosen.

Die Geschichte eines Doppellebens.

Eine historische Geschichte von Bodo M. Vogel.

Die große französische Revolution hatte alle Schranken, welche die menschliche Gesellschaft aufgerichtet hatte, umgestoßen, alle Leidenschaften entfesselt und eine Unsicherheit im Lande herbeigeführt, die dem Chaos gleichkam. Der moralische Verfall griff bis in weiteste Volkskreise hinein um sich. Den politischen Umsturz begleitete eine vollständige Zerrüttung der finanziellen Verhältnisse. Gold- und Silbermünzen verschwanden aus dem Verkehr, und die revolutionäre Regierung mußte nun rasch Hilfe schaffen, und Notgeld, die „Assignaten“, herausgeben, das jedoch keinen faktischen Wert hatte und — wir kennen es ja selber — von Tag zu Tag wertloser wurde. Über eine sonderbare Erscheinung, die sich infolge dieses finanziellen Zusammenbruches einstellte, weiß die Kriminalgeschichte zu berichten: Raubüberfälle auf offener Straße verschwanden damals mit einem Schlage, als wären die Menschen besser geworden. Besser? — Ach nein! Das Geld war nur wertloser geworden. Das Handwerk der Straßenräuber lohnte sich nicht mehr, da die Ausgeplünderten doch nur wertlose Geldscheine bei sich trugen. Die Straßenräuber kamen nicht mehr auf ihre Rechnung, wechselten ihre Tätigkeit und wandten ihr verbrecherisches Tun anderen Quellen zu. Da war vor allem das gute Gold- und Silbergeld, das ihre Habgier reizte. Die Münzen wa[illegible] von den Besitzenden gehamstert worden. Sie lagen im Strumpf oder in Strohsäcken versteckt. Ganz Vorsichtige pflegten sie sogar in ihrem Garten oder an einem geheimen Platz in der Erde einzugraben, obwohl die Regierung strenge Verfügungen gegen die Hamsterei erließ. Aber die Münzen kamen nie zum Vorschein, auch dann nicht, als in Thermidor die Guillotine zu „arbeiten“ anfing.

Die Tatsache von dem Vorhandensein vergrabener Schätze brachte die Verbrecher der damaligen Zeit auf den Gedanken, das Gold dort zu suchen, wo es zu finden war. Bald begann dann auch ein seltsames Treiben auf dem Lande und in abgelegenen, einsamen Bauernhöfen. Einbruchdiebstähle und Raubmorde mehrten sich, doch Gold und Silber waren sicher versteckt. Ihr Besitzer schwieg wie das Grab und die Verbrecher hatten das Nachsehen. Sie mußten daher zu einem anderen Mittel greifen, um die Landbevölkerung zum Verrat ihrer Geldverstecke zu bewegen, und damit nahm in der französischen Provinz eine Kette von Grausamkeiten und Schandtaten ihren Anfang, wie sie in der Geschichte des Verbrechens noch nicht ihresgleichen gefunden hat.

Im Verlaufe des Sommers des Jahres 1795 wurden die Gemeinden der Normandie von einer verwegenen Räuberbande beunruhigt, deren Mitglieder keinen Funken menschlicher Regung aufwiesen. Diese Schandtaten wurden hauptsächlich in der Kreisstadt Rugles und deren nächster Umgebung verübt. Die Banditen umzingelten nachts ein Haus, zündeten ein Feuer an, schleppten den Besitzer herbei und hielten seine Füße über die glühenden Kohlen, bis der halb zu Tode gefolterte Mann verriet, wo er sein Vermögen verborgen hatte. Millionensummen wurden auf diese Weise von den „normannischen Anheizern“, wie man sie nannte, erbeutet. Die Erregung innerhalb der Bevölkerung wurde immer größer, und man rief die Regierung um Hilfe an. Der Staatsanwalt der Stadt Rugles — einer der radikalsten Revolutionäre, der wegen seiner Rücksichtslosigkeit von den neuen Herren des Landes besonders geschätzt wurde — ein gewisser Robillard, versprach den Bewohnern der heimgesuchten Gegend seinen Schutz und sagte die Verfolgung und Unschädlichmachung der niederträchtigen Verbrecher zu. Die Bevölkerung des ganzen Kreises war voll Dankbarkeit gegen diesen gewaltigen Mann, der keine Furcht vor den unheimlichen Banditen kannte. Man bewunderte seinen Mut, man holte Ratschläge bei ihm ein, man zog ihn ins Vertrauen, besonders über die Frage, wo und wie man am besten die Wertsachen verstecken könne.

Und immer wieder wußte der allmächtige Mann Rat; er verteilte Medizin, um die Brandwunden an den Füßen der Opfer zu heilen, er kannte die raffiniertesten Verstecke. Vergebens! Wenige Tage darauf hatten die geheimnisvollen Banditen auch hier das Gold entdeckt und ihre Greueltaten um eine weitere vermehrt.

Monatelang ging das so weiter. Auch Staatsanwalt Robillard vermochte nichts dagegen auszurichten. Eine Panik drohte in der Gegend auszubrechen, bis dann endlich die Pariser Regierung ein starkes Gendarmerie-Aufgebot ganz überraschend in die Normandie schickte. Schon in der Nacht der Ankunft wurde eine Razzia veranstaltet. Sie war — wie durch ein Wunder — von Erfolg begleitet. Eine Reihe verdächtiger, vermummter Männer wurde in einem Gehölz dingfest gemacht.

In Rugles, der Kreisstadt, wurden sofort die Namen der Verhafteten festgestellt. Es waren: Herr Robillard, der Staatsanwalt, ferner Bertrand, ein Gastwirt der Stadt, ein Gendarmerieschreiber und noch drei angesehene Persönlichkeiten des Ortes . . . .

Als sich die Kunde von der Verhaftung der gefürchteten „Anheizer“ verbreitete, kamen viele Hunderte von Bauern mit verbrannten, wunden Füßen nach Rugles. Hätte die Gendarmerie nicht das Gefängnis geschützt, es wäre den Festgenommenen schlimm ergangen. Während der langen Untersuchung stellte sich noch heraus, daß es noch ein siebentes Mitglied der Bande gab, und zwar ein schönes Mädchen, das die Geliebte des Staatsanwalts Robillard war . . . . .

Cherchez la femme! Sucht die Frau!

Das Gesetz kannte kein Erbarmen gegenüber diesen Scheusalen in Menschengestalt, die soviel Unheil im Lande angerichtet hatten. Sie wurden sämtlich zum Tode verurteilt und am 18. März 1796 in Lisieux hingerichtet.

Noch lange erzählten die Bauern beim Flackern des Kaminfeuers von den Untaten des Räubers Robillard, sie gingen in den Volksmund über, und wenn man heute die Normandie besucht, kann man an manchen Märchen und Schauergeschichten unschwer erkennen, auf welche Quelle sie zurückgehen. Das Doppelleben des Staatsanwalts Robillard wurde auch mehrfach von französischen Schriftstellern in Romanform behandelt, die Geschichte des Verbrechens hat ihm für immer ein besonderes Blatt vorbehalten.

Was würden die Leute dazu sagen, wenn . . . ?

Eine Betrachtung von Ernst Hallenstein.

Blindsein ist ein Unglück, aber nicht sehen wollen ist ein Verbrechen gegen sich und seine Nebenmenschen.

Du, so oft geneigte Leserin, und du oft so freundlicher Leser, sei mir nicht allzugram über die ernste Einleitung.

Ich weiß, es ist euch lieber wenn das erste Kapitel etwa so beginnt:

„Es war an einem sonnenklaren Frühlingsmorgen, die Vögel sangen in den Baumkronen Jubellieder . . .“ und das letzte Kapitel etwa so schließt: „Die beiden glücklichen Menschenkinder standen Schulter an Schulter gelehnt auf dem Bergeshügel, sahen ins weite Land und fühlten, die Zukunft gehörte ihnen.“

Wollt auch ihr, daß euch die Zukunft gehört, daß auch ihr zu den glücklichen Menschenkindern gezählt werden könnt, die froh ins weite Land der Zukunft sehen, so lächelt nicht über meine Betrachtung, runzelt nicht die Stirne im Widerspruch.

Ich lebe ja nicht in der Einbildung, mit meinen Worten die Welt auf einmal ändern zu wollen, es soll nichts weiter als ein Weck- und Mahnruf sein. Ein In-die-Zügel-fallen dem gedankenlosen, mechanisch, gewohnheitsmäßigen Dahinkrotten unseres Lebensganges. Ja, zufrieden will ich sein, wenn nur ganz wenig von denen, denen ich den Lebensspiegel ihrer menschlichen Fehler vorgehalten, von denen ich durchaus nicht frei bin, dies erkennen und durch diese Erkenntnis frei würden.

Da sitzt nun die Welt und stützt den Kopf in ihre raffigen Hände und seufzt und seufzt über die, ach, so schlechten Zeiten. Es werden tausend Mittel versucht, um dem gänzlichen Niedergang zu steuern, der wie eine ewige Krankheit an ihrem Lebensnerv zehrt. Ein Arzt pflegt erst nach dem Grund des Leidens zu forschen, um eine Diagnose zu stellen, bevor er das Mittel zur Heilung wählt.

Warum nicht der Mensch bei der so beklagten Blutarmut seines Säckels.

„Sparen? Einschränken? Das wenige Nichts zum vollkommenen Nichts herabzudrücken? Bewahre! Wofür lebt man denn, sagt sich da der Mensch, wenn ich mir das oder jenes nicht leisten kann, wofür arbeite ich denn dann? Nur um meinen armseligen Kadaver zu erhalten? Dafür danke ich. — Man hat doch Rechte ans Leben.“ Und der Mensch lebt bei dieser Auffassung ruhig weiter, die Schuldenlast steigt, der Zusammenbruch ist da.

Und doch, es gibt ein Mittel zur Gesundung. Wolle doch der Mensch die Natur zum Lehrmeister nehmen.

Freundlicher Leser, hast du nie mit Verwunderung beobachtet, wenn der Besitzer eines Obstgartens viele schöne Obstbäume abholzen ließ? Er opferte viele, um einige zu retten, damit er nicht alle verlöre. Die Bäume standen zu dicht und nahmen sich dadurch Luft und Sonne.

Wir Menschen stehen eben auch zu dicht und sehen uns dadurch gegenseitig in unsere Kochtöpfe.

Dieser Zustand hat die Neugierde und den Neid geboren, und darum kümmern wir uns viel mehr um die anderen als um uns selbst. — Sei einmal ganz ehrlich, lieber Leser, und frage dich selbst, würdest du dir wie so viele, Begüterte ausgenommen, eine so große und elegant eingerichtete Wohnung halten, wenn du nur deinen eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen hättest? Würde deine Frau so oft Modebedürfnisse haben, wenn keine Mitmenschen existierten, die sie bewundern und beneiden könnten. — Und weiter: Der Erholungsbedürftige geht, da er sich einschränken muß, im Sommer in ein kleines Dorf, wo er sicher ist, keine Bekannten zu treffen. Unterderhand aber läßt er gesprächsweise durchblicken, man ginge diesmal nach der Riviera, denn vorigen Sommer in Ostende (sprich Gleschendorf) wars zum Sterben langweilig.

Na ja, was würden denn sonst die Leute dazu sagen, wenn . . ? Und nun gar die gemütlichen Gesellschaftsabende! „Nicht wahr, Herr Müller, Sie geben uns doch morgen mit ihrer lieben Frau die Ehre, aber ganz einfach, zu einem kleinen Butterbrot, selbstverständlich.“ Diese selbstverständliche Einfachheit entpuppt sich zu einem Souper mit fünf Gängen und Sekt im verschwiegenen Leinenkleid, Sorte: „Nie sollst du mich befragen.“ Müllers fühlen sich selbstverständlich verpflichtet, sich zu revanchieren, auch ganz einfach, aber mit acht Gängen. Die Folge ist, daß Müllers in derselben Woche nur von den Resten dieser Tafel leben um die Mehrausgabe wieder hereinzubringen. Und wie Müllers so müllert die halbe Welt. Es muß doch sein, denn was würden sonst die Leute sagen, wenn . . . ?

Im Tode sind wir alle gleich. Ein wahres Sprichwort, und doch wird keines so oft Lügen gestraft, als gerade dieses. Noch nach dem Tode will man seinen Mitmenschen Sand in die Augen streuen, noch da will man, natürlich „Auf Wunsch der Verstorbenen“, den Leuten zeigen, was man im Grunde nicht ist. Eine pompöse Beerdigung wird bestellt, an deren Kosten die Hinterbliebenen noch lange zu tragen haben. Wem zuliebe? Dem Toten? Bewahre, der wünschte eine ganz einfache Beerdigung, aber das ging doch nicht; na ja, was würden denn sonst die Leute . . . ?

Und so könnte ich noch zahlreiche Bilder entrollen, zum Beweise, daß wir nur unseren Mitmenschen zur Liebe leben und Sachen brauchen, die man nicht braucht.

Wir sind dadurch die abhängigen Sklaven unseres Mitmenschen, und nur in dem gegenseitigen Freimachen von diesen Ketten, sehen wir zum Teil die Lösung unserer sozialen Frage.

Humoristische Ecke.

Der Gentleman. Auf einer Berliner Abendgesellschaft wurde nicht nur der schönste Frauenarm — auch der vollkommenste Gentleman wurde prämiiert. Der schönste Frauenarm ward bald gefunden. Nun der Gentleman. — August Kunkel spielte den Höflichen. Kunkels gutartiges Benehmen fiel angenehm auf. Kunkel hatte vor den andern Männern ein gewisses Etwas voraus — und ward prämiiert. Frau Kunkel zeigte ein schreckenerregtes Gesicht. Auf dem Heimweg sagte sie: „Alles hätte ich erwartet — nur nicht, daß man dich für einen Gentleman hält!“ — „Der ich aber nachgerade bin“, behauptete Kunkel. — Frau Kunkel lachte schrill. Als sie dann nach Hause gingen und an die Stadtbahn kamen, fragte sie immerhin bewegt: „Fahren wir heute zweiter Klasse oder dritter?“ Sie ahnte, daß diese Frage überflüssig war. Denn bei einem vollendeten Gentleman versteht es sich von selbst, daß er mit seiner Frau zweiter fährt. — Herr Kunkel streckte ohne Besinnen drei Finger von sich und betonte sachlich: „Ich für mein Teil fahre dritter. In der zweiten muß man ja vor den Frauen aufstehen!“

*

Der Fehler. Städter (zum neunzigjährigen Bauern): „Sagen Sie mir doch, was man tun muß, um so alt zu werden wie Sie?“ Bauer: „Nit trinken, nit rauchen, immer in der frischen Luft sein . . . .“ Städter: „Das hat mein Vater auch alles beobachtet und ist doch mit sechzig gestorben.“ Bauer: „Ja, da hat er's eben nit lang genug ausgehalten.“ (Fliegende Bl.)

*

Schlechtes Gewissen. „Da drüben geht ja eure Hebamme, Frau Meyer! Warum siehst du denn weg?“ — „Ach, es ist mir so peinlich, wir haben schon so lange kein Kind mehr bekommen!“

*

Aufmunigkeit. „Kinder sind ein Geschenk Gottes, lieber Mann.“ — „A woher! Der Brechleitner hat siebene und is Atheist.“ (Jugend.)